TL 1690-3

OST-TIMOR

Watch INDONESIA!

Ost-Timor - ein Reisebericht

Einen ersten Vorgeschmack dessen, was mich in Ost-Timor erwarten sollte, bekam ich schon als ich in das Flugzeug nach Dili stieg. Die übrigen Passagiere starrten mich - den einzigen ausländischen Touristen in der Maschine - neugierig, fragend und teilweise überrascht an, aber niemand sprach auch nur ein Wort mit mir: so etwas war mir auf meinen übrigen Flügen in Indonesien noch nie passiert, da die Indonesier normalerweise sehr kommunikativ sind. Eine Erklärung dafür sollte ich erst viel später bekommen.

Mein ungutes Gefühl wurde in Dili dann noch viel stärker. Die Stimmung in der Stadt könnte man als Friedhofsruhe bezeichnen. Sie ist sehr gespannt, man hat immer ein unterschwellig ungutes Gefühl und merkt, daß die Leute Angst haben. In Dili selbst wurde ich dann sehr oft angesprochen - Touristen sind eine Rarität und ich selbst habe während meines Ost-Timor-Aufenthaltes keinen anderen getroffen -, aber zum Großteil waren es Leute, die aus West-Timor, Java und anderen Teilen Indonesiens, auf alle Fälle nicht aus Ost-Timor selbst kamen.

Ein Ost-Timorese sagte mir später, daß sie Angst hätten, mit Touristen gesehen zu werden, weil sie dann sicher damit rechnen könnten, anschließend vom Militär verhört zu werden. Diejenigen, die mich trotzdem ansprachen, versuchten oft, mir über das Dili-Massaker am 12. November 1991 zu erzählen, das für sie noch ein Trauma war.

Weitere Opfer nach dem Massaker von Dili

Ich weiß nicht, inwieweit das, was mir erzählt wurde, wahr ist und möchte es nur ohne persönliche Stellungnahme wiedergeben: Augenzeugen erzählten, daß damals mindestens 200 Ost-Timoresen ums Leben kamen, jedenfalls bei der Schießerei selbst. Anschließend sollen aber noch vor allem sehr junge Leute in Schulhäusern zusammengetrieben worden sein, die dann abgesperrt und angezündet wurden. Ausserdem erzählten sie, Menschen seien auch nachts im Meer ertränkt worden. Die Zahl der Toten würde also demnach viel höher liegen.

Das alles wurde mir im Flüsterton und unter ständigen Seitenblicken erzählt, aber nie auf Anfrage von mir. Ich habe mich nur auf das Zuhören beschränkt, denn man sollte sich in Ost-Timor nie zu Stellungnahmen zu diesem Thema hinreißen lassen. Und vor allem nicht sehr schnell jemandem vertrauen, sonst kann man recht unliebsame Überraschungen erleben. Angeblich gute Freunde stellen sich am Ende als Spitzel heraus, die vom Militär auf Touristen angesetzt werden. Es ist mir leider selbst passiert; ein angeblich guter Freund konnte mir plötzlich fast auf die Minute genau meinen gesamten Tagesablauf vorbeten, hat mich also entweder selbst die ganze Zeit verfolgt oder seine Informationen von anderer Seite bekommen. Doch dazu später.

Sobald ich Dili verließ, ließ auch die Spannung etwas nach. Und ich muß sagen, daß ich selten irgendwo so freundlich und hilfsbereit aufgenommen wurde. Ich habe mich nie als Eindringling gefühlt wie "in manchen anderen Teilen Indonesiens": vielmehr hatte ich den Eindruck, die Leute freuten sich, einen Touristen zu sehen, weil es ihnen das Gefühl gibt, nicht ganz vergessen zu sein. Sie haben mir geholfen wo immer sie konnten und waren sehr gastfreundlich, auch wenn sie selbst fast nichts hatten. Trotzdem sind sie mir meistens mit großer Scheu begegnet und zogen sich sofort zurück, sobald ein Militärangehöriger auch nur aus der Ferne zu sehen war - und Soldaten waren leider allgegenwärtig. Wer sich mit mir auf Gespräche einließ, war wieder meistens kein Ost-Timorese oder selbst Militärangehöriger.

OST-TIMOR

Watch INDONESIA!

Einen 'Surat Jalan' (Reisegenehmigung, d.Red.) brauchte ich nicht, aber selbst auf kurzen Strecken wurde der Bus mindestens einmal angehalten und kontrolliert. An den 'Pos Pemeriksaan' (Wachposten, d.Red.) saßen immer einfache Soldaten, die zwar höflich, aber sehr neugierig waren. Ich mußte mich meist eine halbe Stunde lang befragen lassen, während der volle Bus im Hintergrund nur auf mich wartete. Die 'Turista' bot wohl eine nette Abwechslung in ihrem eintönigen Tagesablauf!

In der nächsten Stadt wurde ich dann von einem Mann angesprochen, der behauptete, ein "Freund" von mir aus Dili habe ihn angerufen und ihn gebeten, sich um mich zu kümmern. (Von diesem Freund hatte ich nur leider noch nie etwas gehört!) Er selbst sei Sozialarbeiter, gab auf meine Frage, ob er für "Puskesmas" arbeite, aber zu, ABRI anzugehören. Er sei geschickt worden, um die politische Lage in Ost-Timor zu prüfen. Er bot mir dann an, mich im Auto durch Ost-Timor zu fahren; eine wunderbare Gelegenheit, kostenlos zu reisen und sogar zu entlegenen Orten problemlos und sicher zu kommen. Ich habe mir dies wunderbare Gelegenheit leider entgehen lassen, auch das Angebot, bei Mangel an Unterkünften (als einzige Frau und Touristin) in der Kaserne zu übernachten, und bin am nächsten Tag allein in ein recht abgelegenes Dorf in Richtung Osten weitergefahren.

Verhör durch "besorgte Freunde"

Nach zweitägiger Fahrt kam ich ziemlich erschöpft dort an. Man fühlte sich wie am Ende der Welt; Fremde verirren sich nur sehr selten dorthin und Touristen schon gar nicht. Ich habe bei meiner Ankunft daher einen kleinen Volksauflauf verursacht, wurde von sämtlichen Kindern des Dorfes umringt und mit *"Turista, Turista!"*-Rufen begrüßt. Ich war allerdings noch keine zwei Stunden da, als ein Auto auftauchte und derselbe Mann ausstieg, begleitet von sechs anderen Militärs in Zivil - einer von ihnen mit MG bewaffnet. Er meinte dann, er sei zufällig in der Gegend gewesen und wollte sehen, ob ich heil angekommen sei. Sie begannen bald, mir direkte Fragen zu stellen:

- ob ich denn vorhätte, nach meinem Aufenthalt einen Artikel oder ähnliches über Ost-Timor zu schreiben,
- ob ich schon einmal von dem Dili-Vorfall gehört hätte und wie die Reaktion darauf in meinem Heimatland gewesen sei,
- und schließlich, ob sich meiner Meinung nach das indonesische Militär sehr grausam verhalten habe.

Ich muß zugeben, daß ich selten vorher in meinem Leben solche Angste gehabt hatte (es wußte eigentlich auch niemand, wo ich mich gerade aufhielt, wo man mich im Notfall hätte suchen müssen) und mich in diesem Moment sehr weit von Ost-Timor wegwünschte. Besonders, da sie mich dann gemeinsam drängten, mit ihnen zurückzufahren (obwohl sie sich selbst vorher wiederholt erkundigt hatten, ob die Straße nun bei Dunkelheit überhaupt schon sicher sei).

Als ich ständig ablehnte wurde einer von ihnen richtig wütend (allem Anschein nach nahm er einen recht hohen militärischen Rang ein), fuhr mich an, ich solle mich nicht so anstellen und jetzt gefälligst mitkommen. Ich bekam zum Glück Unterstützung und schließlich sind sie ohne mich wieder abgefahren (aber erst, nachdem ich versprochen hatte, es mir noch einmal zu überlegen und ihnen am nächsten Tag über Funk meine Entscheidung mitzuteilen), ließen allerdings einen Intel-Mann zurück, der mich die nächsten Tage ständig begleitete und nur gelegentlich für kurze Zeit verschwand, um Funksprüche durchzugeben.

Gleich nachdem sie abgefahren waren meinte dann ein Ost-Timorese, der Zeuge der Auseinandersetzung gewesen war und mir dann mutigerweise auch den Rücken gestärkt hatte, zu mir, er hätte schon Angst gehabt, ich würde mitfahren und könnte sich genau vorstellen, was dann passiert wäre. Und dann fragte er sehr direkt, ob ich mich - wenn ich die Wahl hätte - lieber vergewaltigen oder erschießen lassen würde! Ich kann nicht behaupten, daß ich die nächste Nacht unbedingt gut geschlafen habe, zumal da ich in einer Unterkunft wohnte, in der ich der einzige Gast war (überhaupt der einzige Mensch), es keinen Strom (also auch kein Licht) und nicht einmal einen Zimmerschlüssel gab. Ich lag wach, in ständiger Angst, sie würden zurückkommen und mich zwingen, mitzufahren. Und die Schüsse, die während der Nacht aus dem Wald zu hören waren, haben nicht gerade dazu beigetragen, meine Angst zu verkleinern! Aber ich hatte ja meinen persönlichen Bewacher, der mich nur alleine ins Bad gehen, ansonsten aber nicht aus den Augen ließ! Und jede Nacht waren auf dem Meer die Lichter eines Militärbootes zu sehen, das dort vor Anker lag.

Am nächsten Tag bekam ich wieder Besuch. Zwei Soldaten in Zivil kamen mit dem Motorrad aus der nächsten Stadt, die etwa zwei Stunden Fahrt entfernt lag; mit einer Verbindungsstraße, die fast nur aus Schlaglöchern besteht und sehr einsam ist. Erklärung: Sie seien zufällig in der Gegend gewesen und wollten mal sehen, wie es mir ginge. (Schon faszinierend, wieviele Menschen sich in diesen beiden Tagen zufällig in jenes Dorf verirrten, das sonst niemand besuchte und in dem der letzte Tourist vor einigen Monaten gewesen war!) Nun, sie "leisteten mir ein paar Stunden lang Gesellschaft" und fragten mich ziemlich hemmungslos aus. (Es würde mich doch interessieren, wer meinen Lebenslauf nun schon gespeichert hat.) Und ich nehme an, alles, was ich ihnen erzählte, wußten sie auch vorher schon, da das Informationsnetz in dieser Beziehung reibungslos funktioniert und - egal, wo ich hinkam - Polizei und Militär schon immer vorher darüber informiert waren und mir auch ganz offen erzählten, daß sie mich schon erwartet hätten. Auch sie boten mir noch einmal an, mich sofort mit zurückzunehmen, falls ich mal telefonieren wollte und weil doch die Busverbindung gar so schlecht sei. Aber die Aussicht, zu dritt und mit meinem großen Rucksack zwei Stunden lang über schlechte Straßen auf einem kleinen Motorrad zurückzufahren, hat mich nicht gerade überzeugt.

Als auch sie mich endlich wieder verlassen hatten, erklärte mir ein Ost-Timorese im Flüsterton (und nachdem er sich mindestens dreimal umgesehen hatte), die Militärs hätten augenscheinlich Angst, ich könnte Journalistin sein. Sie scheinen wirklich eine Journalisten-Phobie zu haben.

Aber die Schönheit der Landschaft dort und die Gastfreundlichkeit der Ost-Timoresen hat doch (fast) alles wieder aufgewogen.

Nach zwei Tagen bin ich dann aus eigener Entscheidung wieder abgefahren und weiter in eine Stadt an der Südküste (nachdem ich mich bei sämtlichen Polizeistationen und Militärkasernen wieder brav abgemeldet hatte!). Bei Ankunft wurde ich gleich bei der Polizeistation aus dem Bus gelassen und mußte in einer Messe übernachten, die von der Polizei unterhalten wird; andere Übernachtungsmöglichkeit gab es dort nicht. Nachdem ich mich einmal mehr durch die Formulare gekämpft hatte, bot mir ein Polizist an, mich gleich zu begleiten, da er (wieder ein Zufall?!) gerade Dienstschluß hatte. Er wurde für die nächsten beiden Tage mein ständiger Begleiter. Ich merkte sehr stark, daß ich mich in einem Gebiet befand, das vom indonesischen Militär noch nicht als "aman" (sicher) eingestuft wird. Auf alle Fälle führte er mich überall herum, wohl auch, um zu vermeiden, daß ich mich mit irgendwelchen Ost-Timoresen näher unterhielt.

Der Idealismus der ABRI erinnert an Kolonialismus

Aber das Gespräch mit ihm war sehr interessant, denn er erzählte ganz offen von seiner Ansicht über die Ost-Timoresen. Sie seien wie die

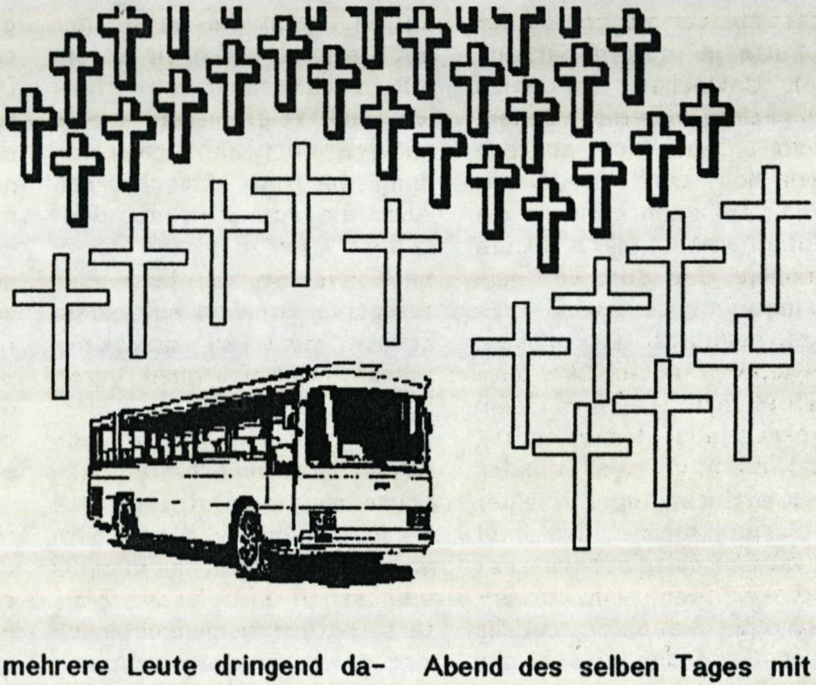
Kinder, meinte er, die man an der Hand führen und sie auch mal bestrafen müsse, damit sie nicht in eine falsche Richtung hin beeinflußt würden. Nun, einen gewissen Idealismus möchte ich ihm gar nicht absprechen (und selbst dann muß man sich fragen, ob der Zweck die Mittel heiligt), aber ich bekam sehr oft den Eindruck, daß viele ABRI-Angehörige eine Art "Sendungsbewußtsein" haben, das sehr stark an Kolonialismus erinnert.

Aber einige interessante Dinge haben mir die Leute dort noch erzählt: fast jede Familie dort steht angeblich noch auf irgendeine Art und Weise in Kontakt mit den Freiheitskämpfern, die im Wald leben. Sei es, daß sie selbst Angehörige haben, die dort leben, oder sie zumindest doch mit Nahrungsmitteln versorgen. Bei der Rückfahrt zeigte mir dann einer der Mitreisenden mit einer verstohlenen Handbewegung Höhlen, in denen sie sich oft versteckten. Ein anderer, der es trotzdem mitbekam, lächelt nur wissend - er wußte ganz genau, worum es ging! Etwas später geriet mein Bus dann an einen scheinbar etwas wild gewordenen Haufen Soldaten, die uns ohne jede Vorsicht mit ihren Maschinengewehren unter der Nase herumfuchtelten und uns auch erst nach genauer Untersuchung weiterfahren ließen.

Schließlich fuhr ich wieder nach Dili zurück. Auf der selben Strecke, wo ich bei der Herfahrt nur einmal kontrolliert worden war, wurde unser Bus nun dreimal angehalten. Vielleicht geschah es nur aus reiner Willkür, aber ich hatte eher das Gefühl, daß sich irgendetwas tat, wobei ich dieses Gefühl allerdings nicht genauer definieren konnte und man sich sicher hütete, mir irgendetwas zu erzählen.

Kaum zurück in Dili war auch die Spannung wieder da. Als unser Bus noch ein paar Runden drehte, um die Fahrgäste abzuladen, kamen wir zufällig am Friedhof von Santa Cruz vorbei. (Ich habe ihn nie betreten, weil mir mehrere Leute dringend davon abgeraten hatten. Ich wollte nicht unbedingt ein Verhör durch das Militär provozieren und eine plausible, d.h. unverdächtige Erklärung für meine Anwesenheit auf dem Friedhof fiel mir nicht ein.) Vom Bus aus konnte man allerdings einen Blick über die Friedhofsmauer werfen und ich muß sagen, daß mich der Anblick sehr schockiert hat; die Mauer war immer noch mit Einschußlächern übersät. Man hat nichts unternommen, um diese letzten (noch sichtbaren) Spuren des Dili-Vorfalls zu beseitigen.

Ich beschloß trotz alledem noch ein paar Tage in Ost-Timor zu bleiben und eventuell noch einige andere Gebiete zu besuchen. Ich kam aber recht bald wieder von diesem Entschluß ab. Als ich am Abend des selben Tages mit zwei ost-timoresischen Freunden beim Essen saß, tauchten plötzlich zwei Männer auf; sie gaben offen zu, Intel-



Männer zu sein und fragten sofort - in recht unfreundlichem Ton - was ich denn hier überhaupt zu schaffen hätte. Mein Interesse an Menschen und der ost-timoresischen Kultur nahmen sie mir offensichtlich nicht ab und fuhren mich an, ich solle mir ja nichts zuschulden kommen lassen, sie würden mich sofort erwischen und dann ... Sie erkundigten sich noch nach meiner Adresse in Dili und meinten, sie würden in den nächsten Tagen vorbeikommen, um sich noch einmal mit mir zu unterhalten.

Ich hatte das Gefühl, etwas braute sich über mir zusammen

An diesem Abend fuhr ich mit ziemlich ungutem Gefühl in mein Hotel zurück und wäre am liebsten sofort abgefahren. Am nächsten Morgen riß mich ein Klopfen an meiner Zimmertür aus dem Schlaf, ich hörte laute Stimmen auf dem Gang, bis ich die Zimmertür allerdings öffnete, war außer der Losmenbesitzerin niemand mehr zu sehen und sie schickte mich mit den Worten *"Schnell, verschwinde, es waren schlechte Menschen da, laß dich nicht sehen!"*, schleunigst wieder in mein Zimmer zurück. Am Nachmittag bekam ich dann Besuch von einem indonesischen Leutnant, der mich in den letzten beiden Tagen schon ständig angerufen hatte. Er lud mich zum Abendessen ein, setzte auch sofort eine Zeit fest, so daß mir nichts anderes übrig blieb, als zuzusagen, zumal da ich nicht wußte, mit welcher plausiblen Erklärung ich hätte ablehnen können.

Als er dann allerdings eine Stunde nach der vereinbarten Zeit immer noch nicht aufgetaucht war, ging ich froh, noch einmal davongekommen zu sein, alleine los. Das heißt, ich fuhr mit dem Taxi, da es nicht ratsam ist, abends allein auf die Straße zu gehen, noch dazu als Frau und Touristin - man erregt leicht Verdacht. Etwas später tauchte er leider doch noch auf, würdigte mich allerdings keines Blickes, sondern setzte sich zuerst zu einem Mann in Zivil, der am Nachbartich saß und offensichtlich einer seiner Vorgesetzten war. Nach einigen Minuten kam er an meinen Tisch, entschuldigte sich nur kurz für seine Verspätung, sprach aber sonst kaum ein Wort mit mir. Ich hatte das dumme Gefühl, daß sich irgendetwas über mir zusammenbraute und fühlte mich wie eine Aussätzige. Um die unangenehme Situation noch komplett zu machen, tauchte etwas später noch mein angeblicher Freund, den ich früher schon erwähnt habe, auf, setzte sich aber trotz meiner ausdrücklichen Aufforderung nicht an meinen Tisch. Allem Anschein nach war es nicht gerade ratsam, sich mit mir (oder generell mit Touristen?) in der Öffentlichkeit sehen zu lassen, obwohl ihn das vorher herzlich wenig gekümmert hatte.

Treffpunkt für ein konspiratives Treffen: ein belebter Marktplatz voller Militärfahrzeuge

Als ich etwas später zahlte und das Restaurant verließ - ohne daß mein Militär-Begleiter versucht hätte, mich aufzuhalten - lief er mir sofort nach und flüsterte mir schnell zu, er hätte Informationen für mich (um die ich ihn nie gebeten hatte) und wir sollten uns in einer halben Stunde vor dem Hotel Mahkota treffen. Da ich ihm zu diesem Zeitpunkt noch vertraute, stimmte ich zu. Als ich allerdings zum Hotel kam bereute ich das sehr schnell. Der Hotelparkplatz stand voller Militärautos und der Vorplatz wimmelte von Menschen. Man sagte mir, es fände gerade ein Richtertreffen statt. Es machte mich dann endlich stutzig, daß er sich ausgerechnet an diesem Ort mit mir unterhalten wollte.

Meiner Meinung versucht man wohl, Touristen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, in undurchsichtige Geschichten zu ziehen und ihnen irgendwelche Vergehen anzuhängen, wobei ich nicht genau weiß, mit welcher Absicht. Vielleicht mit dem Ziel, Ost-Timor wieder für Touristen zu schließen, da sie sich nicht "an die Spielregeln halten"? Ich beschloß jedenfalls, in mein Hotel zurückzugehen, da mir die Situation wirklich zu gefährlich wurde, aber auf halbem Weg holte mich mein Freund ein und sprudelte ohne jede Vorwarnung los: er sei früher Militärspitzel gewesen, wollte aber unbedingt da raus. Die Militärs dächten allerdings, er würde noch für sie arbeiten; deshalb hätte ich auch meine Ruhe, wenn er mich begleitete, weil sie dann dächten, ich würde sowieso schon beschattet. Ich könnte ihm aber völlig vertrauen! Ich wußte nun allerdings überhaupt nicht mehr, wem ich noch irgendetwas glauben konnte. Ihm vertraute ich jedenfalls nicht mehr.

Mir ist allerdings immer noch nicht klar, weshalb er mir all das erzählt hat, wenn es nicht die Wahrheit ist. Inwieweit hat er mir aber die Wahrheit erzählt? Ich hätte ihm gerne geglaubt, aber es war zu riskant. Selbst wenn er nicht mehr spionieren wollte, hätte das Militär Mittel und Wege, ihn unter Druck zu setzten und "Informationen" aus ihm herauszubekommen.

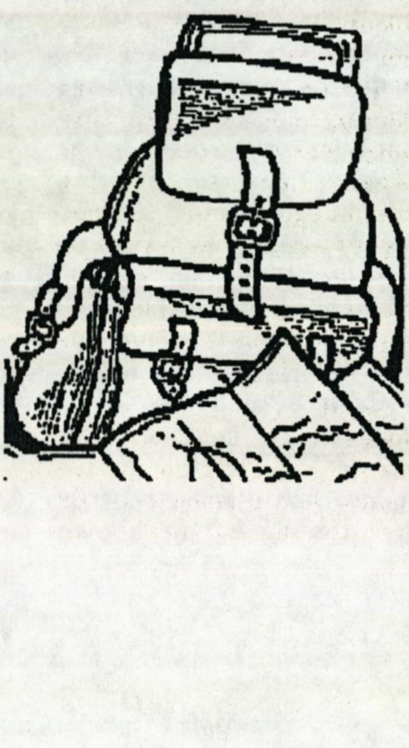
Er überhäufte mich dann noch mit seinen Informationen, mitten auf der Straße, bis ich ihm kurzerhand das Wort abschnitt. Selbst sich so etwas nur anzuhören, kann einem zum Verhängnis werden und nun war ich diejenige, die sich nicht mehr mit ihm in der Öffentlichkeit sehen lassen wollte. Er begleitete mich aber hartnäckig bis in mein Hotel und versuchte anschließend noch etwa zwei Stunden lang, mich von seiner Vertrauenswürdigkeit zu überzeugen.

Am nächsten Morgen rief dann auch der Leutnant noch einmal an, aber ich war zum Glück nicht zu Hause. Kurze Zeit später fuhr ich dann endgültig aus Ost-Timor ab, da mich einige Leute sehr eindringlich davor gewarnt hatten, noch länger zu bleiben, wenn ich nicht in arge Schwierigkeiten kommen wollte. Man hätte angeblich auch schon nähere Erkundigungen über mich eingeholt und niemand würde mir glauben, daß ich nur eine einfache Touristin sei.

Gesprächspartner wurde gefoltert

Allein mit dem Verlassen Ost-Timors war die Geschichte allerdings noch nicht beendet. In West-Timor lernte ich nämlich noch einen Ost-Timoresen kennen, mit dem ich einige Zeit verbrachte. Als ich ihn einige Wochen später noch einmal wiedertraf, erzählte er mir, daß er sofort nach seiner Rückkehr von den Militärs vorgeladen wurde. Man wußte dort schon, daß er mit mir zusammengewesen war. Man stellte ihm dann einen Fuß auf die Zehen und der Mann, der sich darauf setzte, fragte ihn auch, was er mit mir zu schaffen hätte. Als er behauptete, ich sei seine Freundin, hätten sie ihn nur verächtlich angeschnauzt: *"Was soll sie denn von einem wie dir wollen? Als sie noch in Dili war, hat sie noch gesagt, sie sei in mich verliebt!"* Wer der Soldat war, weiß ich nicht!

Dieser Bericht ist nur eine kurze Zusammenfassung dessen, was ich in Ost-Timor erlebt habe. Ich habe es bewußt vermieden, genauere Orts- und Zeitangaben zu machen oder Ereignisse zu erzählen, die auf einen bestimmten Zeitpunkt schliessen lassen. Auch Namen und Berufsangaben der Leute, mit denen ich zu tun hatte, möchte ich nicht öffentlich nennen, aus Angst, unschuldige Leute dadurch in Lebensgefahr oder die Gefahr einer Verhaftung zu bringen.



Majestätsbeleidigung I:

Nicht Suharto der Gemüsehändler

"Wie berichtet wird, wurde Nuku Soleiman verhaftet, nachdem er Flugblätter verteilt hat, die Präsident Suharto beschuldigten, Hauptverantwortlicher einer Reihe von Greueltaten zu sein, darunter der Ermordung dutzender Moslemaktivisten in Tanjung Priok 1984, dem Santa Cruz-Massaker 1991 in Ost-Timor, bei dem schätzungsweise 200 unbewaffnete Zivilisten von indonesischen Militärs getötet wurden, und der Tötung von vier Dorfbewohnern bei deren Protest gegen das Nipah-Staudammprojekt in Madura, Java, im Oktober 1993. Seit den Demonstrationen [letzten Dezember, d. Red.] hat die Polizei mehrfach geäußert, daß Nuku Soleiman und die 21 [ebenfalls Verhafteten, d. Red.] wegen Beleidigung des Präsidenten angeklagt werden und im Falle einer Verurteilung mit einer Höchststrafe von bis zu sechs Jahren Haft zu rechnen hätten. Am 17. Dezember antwortete Suharto auf den Protest, indem er den Studenten vorwarf, Taktiken ähnlich derer der heute verbotenen Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) zu benutzen."
/amnesty international, Urgent Action, 23.12.93/

Nuku Soleiman, der wegen Beleidigung von Staatspräsident Suharto angeklagt ist, wurde am 25.11.93 zusammen mit vier anderen Kommilitonen verhaftet. Am 24.01.94 las er vor dem Gericht seine Verteidigungsrede. Darin protestiert Nuku Soleiman, einer der Demonstrationsführer gegen die inzwischen wegen zahlreicher Proteste auf Eis gelegte Lotterie SDSB, gegen das massive Aufgebot an Militär im Gerichtssaal. Auch die zivil gekleideteten Mitarbeiter der Staatssicherheitskräfte, die viele Plätze im Saal besetzt hatten, gerieten unter Beschuß. Ihre Anwesenheit zeige nur, wie stark das Gericht unter der Kontrolle der Macht stünde, sagte Soleiman.

Soleiman bedauerte die fehlerhafte Grammatik des Staatsanwaltes, der ihn anklagte, die Abkürzung SDSB, die für die Lotterie stand, auf Plakaten umgedeutet zu haben zu *"Suharto Dalang dari Segala Bencana"* (zu deutsch etwa: *"Suharto ist der Drahtzieher aller Greueltaten"*). Er, Soleiman, sei es nicht gewesen, der interpretiert habe, daß mit Suharto der Präsident Indonesiens gemeint sei, sondern die Staatsanwaltschaft selbst habe dies so interpretiert. *"Warum soll nicht ein anderer Suharto, wie beispielsweise Suharto, der Gemüsehändler, gemeint sein?"*, fragte Soleiman.

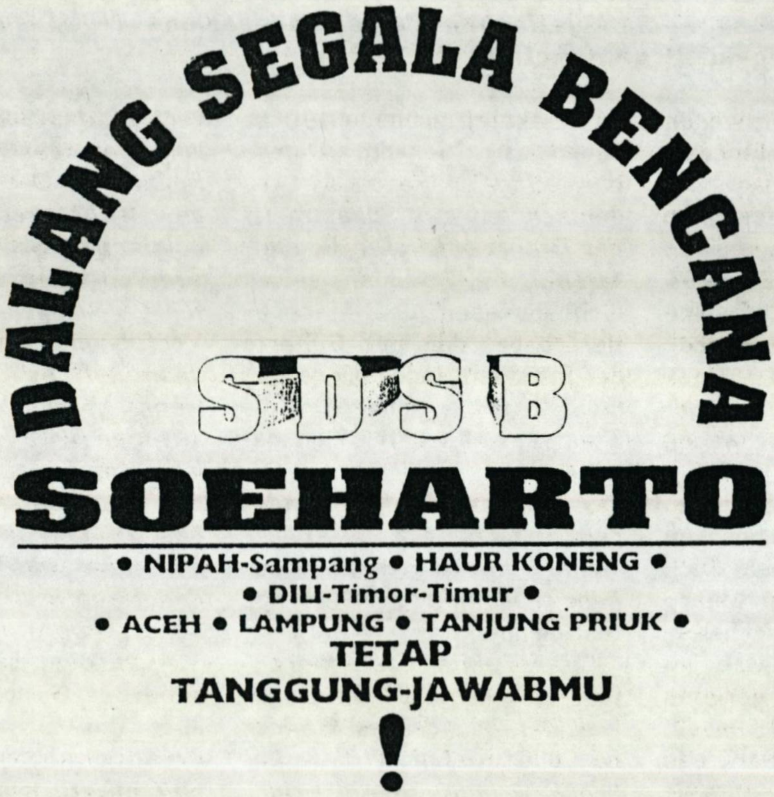
"Es ist einfach zu erklären", fuhr er fort. *"Der Staatsanwalt ist es, der verstanden hat und zustimmt, daß das Wort 'Dalang' (Marionettenspieler, Drahtzieher) als politische Bedeutung nur in Bezug auf Suharto, den Präsidenten, und nicht auf den Gemüsehändler paßt. Das heißt, der Staatsanwalt ist es, der zuerst die Auffassung vertrat, daß Suharto der 'Dalang' der gesamten nationalen Politik ist. Der Herr Staatsanwalt hat recht. Denn alle politischen Schauspiele müssen von einem Dalang vorgeführt werden. Wenn die Vorführungen schlecht sind, dann ist es auch normal, wenn er zur Verantwortung gezogen wird. Nochmals: es ist eben die Klugheit des Herrn Staatsanwaltes, die uns zu der Erkenntnis verholfen hat, daß Verantwortung das Hauptprinzip von [politischer] Führung ist."*

Außerdem, sagte Soleiman, habe das Gericht kein Recht, über ihn zu urteilen. Denn die angewandten Gesetze seien Gesetze aus der Kolonialzeit (KUHP), lediglich ins Indonesische übersetzt. Diese Gesetze wurden seinerzeit von den Holländern gegen die Befreiungskämpfer angewandt. *"Es ist Ironie, solche Gesetze, mit denen wir unterjocht* *wurden, weiter zu pflegen. Wo bleibt da unser Verstand? [Doch] es ist nicht wegen der Historie und der repressiven Funktion dieser Paragraphen, warum ich die Anklage der Staatsanwaltschaft zurückweise, sondern weil ich meine, daß dieses Gericht keine Kompetenz besitzt, zwischen zwei politischen Akteuren zu richten"*, erklärte Soleiman.

Die beiden politischen Akteure sind nach Soleimans Auffassung Suharto und er selbst. Beide seien Figuren eines politischen Spiels. Zwischen den Spielfiguren gebe es Kommunikation und Spielregeln. *"Das gibt der Demokratie einen Sinn"*, sagte Nuku Soleiman. *"Soll ich mich denn beleidigt fühlen, und dann Suharto verklagen, wenn er erklärt, die Studentenbewegung sei schon infiltriert von der PKI [Kommunistische Partei Indonesiens] und wende deren Methoden an? Das ist sein politisches Statement"*. Genausogut wie er selbst der Beleidigung Suhartos angeklagt sei, *"könnte ich auch gegen Suharto klagen"*. Wenn er Suharto als *'Dalang'* aller Greueltaten anschuldige, dann sei das eben sein politisches Statement. *"So ist eben die Dynamik des politischen Lebens"*, sagte Soleiman. Der Unterschied zwischen ihm und Suharto sei nur: *"Er regiert, ich werde regiert."* /Auszüge aus Nuku Soleimans Verteidigungsrede vom 24.01.1994. Das 6-seitige Original liegt **Watch Indonesia!** vor./

Ende Februar wurde Nuku Soleiman zu 4 Jahren Haft verurteilt /Reuter, 24.2.94/.

‹›



Majestätsbeleidigung II:

Rühe nicht der Kriegsminister

Das Amtsgericht Halle erkennt den Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord gegen Volker Rühe als gerechtfertigt an. Dennoch wird keine Anklage gegen ihn erhoben. Im Gegenteil: Ein Plakat, auf dem Volker Rühe eben dieses Verbrechens verdächtigt wird, erfüllt nach Auffassung des Gerichts den Tatbestand der Beleidigung. Sabine Leloup vom Neuen Forum wird wegen Kleben des Plakates zu einer Geldstrafe verurteilt.

Im Juni letzten Jahres fand in Halle die erste öffentliche Vereidigung von Bundeswehrsoldaten auf dem Gebiet der Ex-DDR statt. Für die ehemaligen kalten Krieger, die seit Auflösung des Warschauer Paktes eine Sinnkrise erleben, ein willkommenes Symbol, ihre Siegermentalität noch einmal auszuleben. Nicht versteckt auf den Exerzierplätzen irgendwelcher Kasernen, sondern mitten auf dem historischen Hallmarkt durfte das preußische Volksfest gefeiert werden. Einen solchen Anlaß wollte sich auch Verteidigungsminister Volker Rühe nicht entgehen lassen.

Sein Erscheinen wiederum war Anlaß genug für friedensbewegte HallenserInnen, gegen Volker Rühes Mitverantwortung am Verkauf von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen NVA an das Unrechtsregime in Indonesien zu demonstrieren. Die DemonstrantInnen, die zum überwiegenden Teil aus den Bürgerbewegungen stammten, die Honeckers DDR den Garaus gemacht hatten, sahen sich durch die Politik der Bundesregierung betrogen. Der letzte Verteidigungsminister der DDR, Rainer Eppelmann, der sich als Abrüstungsminister verstand, hatte nach dem Sturz Honeckers seinerzeit versprochen, die Kriegsschiffe würden verschrottet.

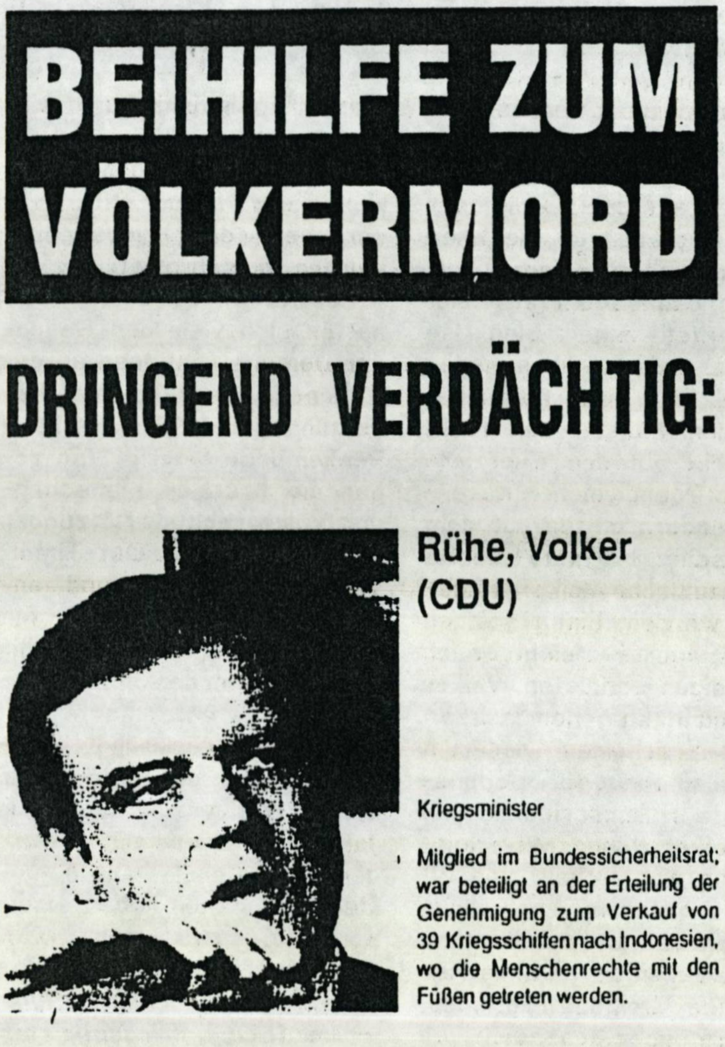
Bereits an Pfingsten 1993 hatten sich viele der Hallenser DemonstrantInnen an den Aktionen rund um die Besetzung der Kriegsschiffe in Peenemünde beteiligt, um gegen die brutalen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Indonesiens in Ost-Timor, West-Papua, Aceh und anderswo zu protestieren. Mit der Lieferung von immerhin zwei Dritteln der ehemaligen NVA-Kriegsflotte, macht sich die Bundesregierung mitschuldig an den Gemetzeln der Militärregierung in Jakarta. In Peenemünde wurden zahlreiche Plakate geklebt, auf denen neben einem Konterfei zu lesen war: *"Beihilfe zum Völkermord – Dringend verdächtigt: Rühe, Volker (CDU), Kriegsminister, Mitglied im Bundessicherheitsrat; war beteiligt an der Erteilung der Genehmigung zum Verkauf von 39 Kriegsschiffen nach Indonesien, wo die Menschenrechte mit Füssen getreten werden"* (s. Bild, S. 18). Auf entsprechenden Plakaten waren auch die übrigen Mitglieder des Bundessicherheitsrates (Kohl, Seiters, Kinkel, Möllemann, Waigel) zu sehen.

Weder die Polizei, noch Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Rudi Geil (CDU), der in Peenemünde mit den Schiffsbesetzern verhandelte, nahmen Anstoß an den Plakaten. Anders dagegen in Halle. Sabine Leloup, Geschäftsführerin des Neuen Forum in Halle, klebte am Abend vor dem Gelöbnis die bereits in Peenemünde verwendeten Plakate. Eine Zivilstreife der Polizei wurde auf sie aufmerksam, nach dem Motto: Wenn jemand spät abends nach 23.^{oo} Uhr noch Plakate klebt, dann muß doch was faul sein. Nach Feststellung der Personalien brauchte es dann auch nur knappe 20 Minuten angestrengten Suchen im mitgeführten Strafgesetzbuch, bis man was Passendes fand: §§ 186/187a – *"Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens"*.

Am nächsten Tag erlebte Halle den schwersten Polizeiknüppeleinsatz gegen DemonstrantInnen seit 1989. Volker Rühe, der unter Nichtbeachtung einschlägiger Resolutionen wegen der Menschenrechtslage in Indonesien seitens der UNO, der EG und der WEU sowie unter Mißachtung der Prinzipien des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) und des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) die Schiffslieferung an das Mörderregime Suhartos genehmigt hatte, bezeichnete die DemonstrantInnen, die dagegen aufbegehrten, als *"Pöbel"*. Eine Klage wegen Beleidigung, die vier der DemonstrantInnen daraufhin gegen Rühe angestrengt hatten, wurde von der Staatsanwaltschaft mit dem Hinweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung zurückgewiesen.

Doch wenn zwei das gleiche tun ist es noch lange nicht dasselbe. Nuku Soleiman brachte in der Verteidigungsrede während seines Prozesses wegen Beleidigung des Präsidenten Suharto (s.S. 15) den Unterschied auf den Punkt: *"Er regiert, ich werde regiert."* Genau so verhält es sich auch im Prozeß gegen Sabine Leloup, der mit Ausnahme des in Deutschland wesentlich milderen Strafmaßes erstaunliche Parallelen zu Nuku Soleimans Verfahren zeigt.

Am 18.2.94 fand am Amtsgericht Halle der Prozeß gegen Sabine Leloup statt. Das Gericht war festlich geschmückt mit zahlreichen Transparenten, die auf den von Indonesien begangenen Völkermord aufmerksam machten. An den Wänden klebten Reste von Plakaten mit dem Konterfei Rühes, die einem irgendwie bekannt vorkamen, obwohl jemand in den frühen Morgenstunden


BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD
DRINGEND VERDÄCHTIG:
Rühe, Volker
(CDU)
Kriegsminister
Mitglied im Bundessicherheitsrat; war beteiligt an der Erteilung der Genehmigung zum Verkauf von 39 Kriegsschiffen nach Indonesien, wo die Menschenrechte mit den Füßen getreten werden.

Beihilfe zum *Volker*mord? Volker Rühe wird nach Auffassung des Gerichts durch dieses Plakat beleidigt. Gerüchte, nach denen das Urteil *"im Namen des Volkers"* gesprochen wurde, entbehren wie immer jeglicher Grundlage, d.Red.

versucht hatte, sie abzureißen und unkenntlich zu machen. An einem Infostand direkt neben dem Eingang des Gerichts konnte man aber jede Menge noch unversehrter Plakate erhalten. Ein Schlagzeuger trommelte heiße Rhythmen gegen die Kälte und störte damit die Stille in dem um seine Würde ringenden Gericht. Im voll besetzten Zuschauerraum des Gerichtssaales waren zahlreiche Leute T-Shirts bekleidet, die mit eben jenem Plakat bedruckt waren, um das sich die Verhandlung drehte.

Doch weder der Richter, Werner Budtke, noch der Staatsanwalt, Volker Pfaff, ließen sich ablenken, zu sehr waren sie auf einen reibungslosen Ablauf dieses Prozesses bedacht. Die Anklage des Staatsanwaltes richtete sich fast ausschließlich gegen die Gestaltung des Plakates. Der Tatbestand der Beleidigung sei dadurch erfüllt, daß hier ein Minister in einer Art und Weise dargestellt sei, als wenn es sich um einen Schwerverbrecher handelte. Vereinzelt war im Zuschauerraum Beifall ob dieser Erkenntnis zu vernehmen. Auf die Argumentation, daß es sich bei 'Beihilfe zum Völkermord' tatsächlich um ein Schwerverbrechen handelt, daß Rühe auf dem Plakat dieses Verbrechens lediglich verdächtigt wird, und daß dieser Verdacht auch für alle nachvollziehbar begründet wird, wollte sich der Staatsanwalt nicht einlassen. Er beharrte auf einer strikten Trennung zwischen Form und Inhalt des Plakates, obwohl diese nicht voneinander zu trennen sind. Inhaltlich stieß ihm lediglich das Wort 'Kriegsminister' auf, das er ebenfalls für beleidigend hält.

Offenbar paßte es ebensowenig ins Weltbild des Staatsanwaltes wie der als Zeugen vernommenen PolizistInnen, daß eine Person des öffentlichen Lebens, ja der hohen Politik, ungestraft eines Verbrechens verdächtigt werden kann. Als waren weder Hitler noch Goebbels, weder Honecker noch Mielke, weder Zimmermann noch Lambsdorff jemals in diesem Lande Politiker. In einer Zeit, in der Politiker zurücktreten müssen, weil sie für Freunde Plastikchips vermarkten, auf Parteikosten zum Frisör gehen oder die Mandantenkartei ihrer Anwaltspraxis vermieten, in einer Zeit, in der der bloße Verdacht eines Stasi-Kontaktes ausreicht, um die Politikerkarriere eines unliebsamen Kontrahenten zu beenden, darf ein Verbrechen durch einen Politiker nicht einmal vermutet werden. Oder wenn doch, dann nur auf Plakaten, deren Layout - nicht ihr Inhalt! - vorher vom Staatsanwalt für unbedenklich erklärt wurde.

Folgt man der Argumentation von Staatsanwalt Pfaff, dann hätte das Plakat wohl folgendermaßen aussehen dürfen: Vierfarbfoto von Volker Rühe (lächelnd) über die gesamte Plakatfläche, der Hintergrund freundlich blau gehalten. In großen roten Lettern: CDU (ohne Klammern); etwas kleiner daneben: Volker Rühe. Das Wort 'Kriegsminister' wird gestrichen. Der restliche Text, einschließlich der Balkenüberschriften *'Beihilfe zum Völkermord'* und *'Dringend verdächtig'* wird ganz klein (7-Punkt, schwarz) um 90 Grad gedreht an den Rand gedruckt, gleichgroß und auf gleicher Höhe wie der Name der Druckerei, die das Plakat herstellt. Das ganze sähe dann aus wie ein Wahlplakat der CDU, d.h. ohne etwas am Inhalt zu ändern ist jegliche politische Aussage verloren gegangen.

Die Absurdität einer Trennung von Form und Inhalt des Plakates wurde selbstverständlich auch von der Verteidigung beanstandet. Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck argumentierte, um den Tatbestand der Beleidigung zu überprüfen, müsse man sich mit dem Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord auseinandersetzen. Er gab einen kurzen Abriß der blutigen Historie Indonesiens während der letzten 30 Jahre und stellte zahlreiche Beweisanträge. Unter anderem sollten Vertreter von Menschenrechtsgruppen, darunter amnesty international, terre des hommes und **Watch Indonesia!**, sowie der Botschafter Portugals als Zeugen vernommen werden, um zum einen zu beweisen, daß in Indonesien tatsächlich die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, bis hin zu regelrechtem Völkermord, und zum zweiten, um zu beweisen, daß durch die Lieferung der Kriegsschiffe die Menschenrechtssituation möglicherweise weiter verschlechtert wird.

Es folgte eine lange Verhandlungspause, während der Richter Budtke über die Beweisanträgen nachdachte. Inzwischen, mehr als zwei Stunden nach Verhandlungsbeginn hatten sich auch die zahlreichen Polizisten, die von Anfang an das Geschehen vor dem Gerichtsgebäude beobachteten, den Schlaf aus den Augen gerieben. Zu ihrem Entsetzen fanden sie auf dem Infotisch gleich ganze Stapel der 'beleidigenden' Plakate, die umgehend beschlagnahmt wurden. Personalien wurden aufgenommen und eine Quittung über die beschlagnahmten Plakate ausgestellt. Eine gute halbe Stunde später wurden dann auch die T-Shirts entdeckt, die die ganze Zeit offen zur Schau getragen wurden. Guten Morgen, Herr Wachtmeister! Von verschiedenen T-Shirt-Trägern wurden die Personalien festgestellt.

Die Verhandlung wurde fortgesetzt. Der Richter gab kund, man habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß verschiedene Leute im Gerichtssaal T-Shirts mit dem Rühe-Plakat tragen würden. Er müsse sie darauf aufmerksam machen, daß dies möglicherweise strafbar sei, allerdings liege bisher kein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Entfernung der T-Shirt-Träger vor. Guten Morgen, Herr Richter! Der Staatsanwalt stellte umgehend den fehlenden Antrag. Guten Morgen, Herr Staatsanwalt! Der Richter zog sich erneut zurück, um den Antrag zu bearbeiten. Nach kurzer Zeit kam er zurück und verkündete, dem Antrag werde stattgegeben. Es folgte ratloses Blickeschweifen durch den Saal, es waren keine T-Shirts mehr zu sehen, dafür um so mehr bis oben zugeknöpfte Mäntel und dicke Jacken. Der Antrag des Staatsanwaltes wurde vorläufig zurückgezogen.

Die Beweisanträge der Verteidigung wurden ausnahmslos abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß die zu beweisenden Sachverhalte nicht in Zusammenhang mit dem Tatvorwurf der Beleidigung stünden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß das Gericht der seltsamen Logik des Staatsanwaltes folgen und ebenfalls zwischen Form und Inhalt des Plakates differenzieren würde. Interessant war aber ein weiterer Ablehnungsgrund: Die von der Verteidigung geschilderte Lage der Menschenrechte in Indonesien, Ost-Timor und West-Papua sah das Gericht als *"wahr"* an, in einzelnen Fällen könne man durchaus auch von Völkermord sprechen. Auch die Behauptung, daß durch den Kriegsschiffverkauf die Menschenrechtsverletzungen möglicherweise unterstützt werden, mußte nicht bewiesen werden, da das Gericht sie als *"wahr"* ansah.

Aus logischer Sicht ist Rühe damit nicht länger der Beihilfe zum Völkermord *"dringend verdächtig"*, sondern bereits überführt. Das Gericht verurteilte dennoch nicht Volker Rühe, sondern Sabine Leloup. Im Strafmaß blieb es allerdings mit einer zu zahlenden 800-DM-Geldstrafe hinter dem Antrag der Staatsanwaltschaft zurück. Als strafmildernd wurde gewertet, daß Sabine Leloup aus Idealismus gehandelt und die politische Diskussion des Rüstungsdeals mitangestoßen habe. Sabine Leloup wird in Revision gehen. <>

IRIAN JAYA (WEST-PAPUA)

Watch INDONESIA!

Trotz angeblicher Verbesserung der Menschenrechtslage:

Brutale Morde in Irian Jaya (West-Papua)

Nachdem indonesische Soldaten den Kopf eines Kindes mit Steinen zertrümmert hatten, brachten sie auch dessen Mutter um, die den grausamen Mord an ihrem Kind hatte mitansehen müssen. Sie wurde erwürgt. Beide Opfer gehören zu den insgesamt 13 Bewohnern eines Dorfes an der Grenze zu Papua Neuguinea, die von Soldaten der indonsischen Armee im Oktober letzten Jahres brutal ermordet wurden.

Von einer "Verbesserung der Menschenrechtslage" in Indonesien, wie sie die Bundesregierung gerne sehen möchte, kann keine Rede sein. Auf eine Anfrage bezüglich des Verkaufs von Kriegsschiffen an Indonesien schrieb das Auswärtige Amt in einem Brief vom 20.01.1994 an das Neue Forum Berlin, daß "*die Menschenrechtslage in Indonesien in letzter Zeit trotz einiger Rückschläge* (gemeint waren Verhaftungen von StudentInnen Ende 1993, die gegen Suharto demonstriert hatten) *Verbesserungen erkennen läßt*". Nun jedoch kommen eine Reihe von Menschenrechtsverstößen ans Licht, die sich vergangenes Jahr in Irian Jaya (West-Papua) ereigneten. Es wird befürchtet, daß es sich dabei um noch drastischere Fälle handelt, als bei den in der Öffentlichkeit bekannten Übergriffen des Militärs in den Fällen Fall Haur Koneng (West-Java), der Arbeiterin Marsinah oder bei der Verhaftung von StudentInnen in Jakarta.

Gegenüber Radio Hilversum (Niederlande) erklärte am 22. Januar1994 der Direktor des indonesischen Instituts für Menschenrechte (LPHAM) H.J.C. Princen, daß Ende Oktober 1993 insgesamt 13 Menschen im Dorf Okoloko, nahe der Grenze zu Papua Neuguinea, von indonesischen Soldaten brutal ermordet wurden; darunter ein Kind, dessen Kopf mit Steinen zertrümmert wurde. Nach Darstellung des indonesischen Militärs gehörten die Getöteten der Unabhängigkeitsbewegung West Papuas (OPM) an /Radio Hilversum 22.01.1994/.

Die grausamen Ermordungen wurden bekannt durch einen Brief vom 18. Januar 1994, in dem sich H.J.C. Princen an den Oberkommandierenden der Streitkräfte General Feisal Tanjung wandte. Princen weist darin die offizielle Darstellung der Ereignisse zurück. Am 24. Oktober 1993 stürmten neun Soldaten des Batallions 732 das Dorf Okoloko. Sie waren darüber verärgert, daß sie bei ihrer erfolglosen Jagd nach dem OPM-Kämpfer Daniel Taplo von der Dorfbevölkerung keine Unterstützung erhielten. Nachdem sie drei Häuser umstellt hatten, ermordeten sie die Menschen, die sich gerade darin befanden. Vier Personen wurden mit Bajonetten erstochen; vier weitere, Angehörige des gesuchten Daniel Taplo, wurden erschossen. Eines des Häuser wurde niedergebrannt; dort fand man später drei Tote. Am schlimmsten erging es Okamonki, einem Kind und dessen Mutter Yeremiana. Vor ihren Augen schlugen die Soldaten mit Steinen den Kopf des Kindes ein. Dann wurde sie selbst erwürgt. /Radio Hilversum 28.01.1994/.

Weiteren Informationsquellen zufolge ist das Ereignis in Okoloko kein Einzelfall. Berichte, die auf Grund von Kommunikationsschwierigkeiten noch nicht näher untersucht werden konnten, besagen, daß sich in zwei anderen Dörfern an der Grenze zu Papua Neuguinea, Mongham und Oksik, ähnliches ereignet haben soll, wobei von zig Toten die Rede ist.

Einzelne Politiker aus Papua Neuguinea erklärten, daß sie sich wegen diesen krassen Fällen von Menschenrechtsverletzungen an die UNO wenden wollen. Die Regierung in Port Moresby jedoch betrachtet den Vorfall als interne Angelegenheit Indonesiens.

Beobachter der Lage in

IRIAN JAYA (WEST-PAPUA)

Watch INDONESIA!

Irian Jaya zeigen sich besorgt darüber, daß ähnliche Vorkommnisse in den Wäldern West-Papuas zunehmen könnten. Bereits in den 80er Jahren hatte die indonesische Armee "Säuberungsaktionen" in der Region durchgeführt, während denen zig-tausende der einheimischen Bevölkerung nach Papua Neuguinea flüchteten. Doch relativ ungehindert konnten ihnen die indonesischen Soldaten über die Grenze folgen.

Dabei ist es weniger die Angst vor dem starken Nachbarn, die die Regierung in Port Moresby dazu bringt, Informationen über derartige Ereignisse vor der Weltöffentlichkeit zu unterdrücken. Vor einigen Jahren erst wurde offenkundig, daß ein Minister Papua Neuguineas eine grössere Summe Bestechungsgelder von dem damaligen indonesischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Benny Murdani, empfangen hatte. /Radio Hilversum, 22.1. u. 28.1.1994/

Die Bewohner des Grenzgebietes identifizieren sich besonders wenig mit ihrer aufgezwungenen indonesischen Staatsangehörigkeit. Viel mehr fühlen sie sich den Menschen auf der anderen Seite der Grenze verbunden und kennen die Gegend dort mitunter sogar besser als weiter entfernte Regionen im Westen. Die Grenze, welche die Papuas in Irian Jaya von denen in Papua Neuguinea trennen soll, wurde 1961 gezogen. Für die betroffene Bevölkerung gab es keinerlei Mitspracherecht. Vielleicht sollte die Bundesregierung, die jetzt seelenruhig erklärt, die Menschenrechtssituation in Indonesien habe sich verbessert, sich einmal daran erinnern, wie sie selbst vor 1990 die Mauer und den SED-Staat als unmenschlich verdammt hatte. <>

Neues vom Ende der Welt

Geschenke für die Irianesen, moderne Synthetikkleider und eine Vielfalt von Missionskirchen: Eines der „letzten Paradiese" wird zum „lost paradise". Eine Reise durch das von Indonesien annektierte West-Neuguinea

■ Von Albrecht G. Schaefer

Seit fünf Tagen klettern wir über Berghänge, hangeln uns durch Jahrmillionen alten Urwald. Wir stolpern über Wurzelgewirr, prüfen bei jedem Schritt den Untergrund aus morschen Stämmen, trinken aus kristallklaren Bächen. Im Schutz von Felsvorsprüngen, unter einem Dach aus Farn- und Bananenblättern schlafen wir, verwirrt von der gewaltigen Natur. Jeden Morgen wundern wir uns, wann das angekündigte Dorf nun endlich in Sicht kommt.

Zwei große Schweine, die plötzlich durchs Unterholz brechen, sind die Vorboten menschlicher Besiedlung. Verängstigt durch fremden Schweißgeruch, fliehen sie aufgeregt grunzend wieder ins Dickicht. Kurz darauf treten ein paar kleinwüchsige, fast nackte Männer auf die Lichtung. Alle haben Pfeil und Bogen geschultert, einer trägt ein erlegtes Opossum. Ihr einziges Kleidungsstück ist ein Penisfutteral aus getrockneter Kalebassenschale.

Mit unseren Trägern unterhalten sich die Jäger leise. Ein Lächeln, als sie erfahren, daß wir eine Nacht in ihrem Dorf verbringen wollen. Der Weiler aus etwa zehn Rundhütten belebt sich im Nu. Kinder starren uns an und flüchten zwischen die Beine ihrer Mütter. Selbst die Männer reagieren mit zurückhaltender Neugier. Müde und hungrig lagern wir vier Weißen mitten im Männerhaus. Wie Invasoren, mit einer Menge Gepäck, das die halbe Hütte in Beschlag nimmt.

Es ist das Haus, das außer uns, den unerwarteten Ehrengästen, nur initiierte Männer betreten dürfen. An der rußschwarzen Wand hängen Schweinekiefer aufgereiht, Symbole für Wohlstand und Ansehen, und Handtrommeln und Muschelketten für das nächste Tanzfest. Im verrauchten Rund glimmt das Feuer. Tag und Nacht. Licht und Wärme sind kostbar wie der Regen, der auf das Dach aus Rindenstücken prasselt. Tradition dominiert das Leben der Jalimek, hier in Irian Jaya, das wir am Ende der Welt wähnen.

Für die indonesische Regierung war Neuguinea nicht so abgelegen. Nach dem Krieg gegen die Holländer hatten sie die Westhälfte der Insel 1963 unter höchst zweifelhaf-

IRIAN JAYA (WEST-PAPUA)

Watch INDONESIA!

ten Umständen annektiert und als „Glorreiches Irian" zur östlichsten Provinz ihres riesigen Staates erklärt. Das 411.000 Quadratkilometer große, von Gebirgen, Sumpfebenen und Dschungel bedeckte Gebiet ist auch jetzt noch, dreißig Jahre später, eine vorwiegend unwegsame, aber auch vielversprechende Region. Die „primitiven Kulturen fernab der Zivilisation" werden von verschiedenen Missionskirchen aufgesucht. Bodenschätze, deren Ausmaße noch kaum erforscht sind, und die uralten Wälder haben multinationale Firmen ins Land gelockt. Und als *adventure country* preisen die Touristikbehörden das *last paradise* an, das dann bald zum *lost paradise* wird.

„Wie in Afrika will ich Touristen in Zebra-Jeeps herumchauffieren. Aber hier erleben sie keine wilden Tiere, sondern exotische Menschen! Eingeborene, mein Volk!" Zehn Jahre ist es her, daß mir der aus Java stammende Bürgermeister des Verwaltungspostens Jiwika im nördlichen Baliemtal von seinem Plan erzählt hatte. Welch ein Glück für „sein Volk", die Dugum Dani, daß der ehrgeizige Beamte in seine indonesische Heimat zurückbeordert worden war, bevor er den Wahnsinn vom Wildmenschen-Park realisieren konnte. Damals, nach zahlreichen Massakern an den Papuas, hatte man sich in Jakarta vorgenommen, Irian Jaya in nationale, großspurige Projekte einzuspannen. Besonders die „Transmigrasi", die staatliche Umsiedlungspolitik, die die rapide wachsende Bevölkerung der 13.000 Inseln von derzeit 180 Millionen Menschen auf dünnbesiedelte Gebiete verteilen will, hat West-Neuguinea im Visier. Die Tatsache, daß in dem Gebiet, wo nur zwei Millionen Irianesen leben, für gut die Hälfte der 90 Millionen Javaner Platz wäre, hatte auch Präsident Suharto beeindruckt.

Die Entwicklung der rückständigen Provinz ist zur nationalen Herausforderung geworden. Nur wenig Infrastruktur haben Holländer und Missionare aufgebaut. Noch heute gibt es gerade mal 600 Kilometer befestigte Straßen. Dafür überzieht das Land ein relativ enges Netz von fast 300 Flugplätzen, meist nicht mehr als holprige Graspisten. In jahrtausendelanger Isolation zwischen bis zu 5.000 Meter hohen Bergen, versteckt in Flußlabyrinthen, haben die Menschen über 240 verschiedene Sprachen hervorgebracht. Verwandte und doch unabhängige Kulturgruppen, oft nur wenige hundert Mitglieder umfassend, sind entstanden. Die heutigen „Irianesen", also neben den Papuas die Küstenbewohner mit melanesischen und polynesischen Vorfahren, sollen sich nun in das indonesisch-javanische Reich integrieren.

Bald nach der Annexion hatte sich Widerstand geregt. Seit 1965 kämpft die OPM („Organisasi Papua Merdeka"/Freiheit für die Papua-Bewegung) gegen die neue Herrschaft. Wer heute die kaum zulässige Frage nach ihr wagt, erhält von offiziellen Stellen höchstens die Antwort, daß sie nicht mehr als ein Haufen von Banditen sei. Nach wie vor ist das wenig realistische Ziel der Freiheitskämpfer die Selbstverwaltung des westlichen Neuguinea, das Ende der Fremdbestimmung durch Indonesien. Hin und wieder erbeuten sie bei Überfällen moderne Waffen, auch aus dem Ausland sollen sie Ausrüstung erhalten. Doch meistens verlassen sie sich auf Knüppel, Pfeil und Bogen. Bis vor einigen Jahren glaubten sie sich der Unterstützung durch das unabhängige Papua-Neuguinea sicher. Das Nachbarland steuert inzwischen, nicht ohne Druck seines wirtschaftlichen Schirmherrn Australien, auf Verständigungskurs mit Jakarta. Irian-Flüchtlinge werden verhaftet und an die indonesische Polizei ausgeliefert.

Nur einmal hatte die OPM weltweite Aufmerksamkeit erregt: 1984 waren ein Schweizer Missionspilot und zwei Passagiere entführt worden. Die Guerilleros hatten die beiden Indonesier mit Pfeilen erschossen, den Piloten jedoch wieder freigelassen. Dann waren noch mehr Truppen nach Irian verlegt und viele Gebiete für Ausländer gesperrt worden. Gleichzeitig hatten Siedler massenhaft von Irian Besitz ergriffen. In den Jahren 1984/85 waren mit dem Transmigrasi-Plan 275.000 Kolonisten aus Java, Sulawesi, Bali und den Molukken gekommen. Eine Zahl, die die Regierung in Papua-Neuguinea derart beunruhigt hatte, daß sie in Jakarta vorstellig geworden war.

Die politischen Spannungen zwischen den beiden Hälften Neuguineas haben nachgelassen, Unterdrükkung und Bevormundung bestehen für die Papua-Bevölkerung im Westteil fort.

Die Folgen des Kulturwandels zeigen sich besonders im Baliemtal des Hochlandes. Entlang der Trasse, die einmal die „Trans-Irian", eine Nord-Süd-Straßenverbindung werden soll, haben die Behörden akkurat ausgerichtete Holzhütten mit Blechdächern errichten lassen. Als „Neue Heimat" für die Dani, die man so besser kontrollie-

Philippinen
Pazifischer Ozean
IRIAN JAYA
Papua Neuguinea
INDONESIEN
Indischer Ozean
Australien

Grafik: taz

IRIAN JAYA (WEST-PAPUA)

Watch INDONESIA!

ren und von ihren wehrhaften Traditionsdörfern isolieren will. Die meisten der Baracken sind leer und halb verfallen. Hintendran haben die Dani-Familien ihre gewohnte Rundhütte gebaut. Deren Geborgenheit, Wärme und Sicherheit kann kein Bretterkasten mit Fenster, Tisch und Bettgestellen ersetzen. Die erzwungene Abkehr vom Männerhaus und das enge Zusammenleben der Geschlechter wirken sich nachteilig auf die Sozialstruktur aus. Das alte Entscheidungssystem bröckelt. Die Geburtenrate ist merklich gestiegen, seitdem die fehlende Distanz zwischen Mann und Frau auch deren dreijährige Sex-Abstinenz nach einer Geburt aufzuheben beginnt.

Auch in Irian drängt sich indonesisch-islamischer Sittenkodex durch Hemd und Hose auf. Mitte der siebziger Jahre wurden sie tonnenweise im Hochland verteilt, mit dem Regierungsbefehl, die Kleider immer dann zu tragen, wenn Verwaltungsposten besucht werden. Anfangs unterstützten auch die Missionskirchen diese Aktion. Bis sie sich als völlig ungesund herausstellte. Denn die seit Urzeiten nur an spärliche Naturfasern gewöhnten Dani, Yale oder Mek, die sich gegen Kälte und Ungeziefer notfalls mit Schweinefett einreiben, hatten keinerlei Erfahrung mit Baumwoll- oder Synthetikkleidern. In Unkenntnis angebrachter Pflege liefen sie nun in verdreckter, zerlumpter Wäsche herum, holten sich Hautinfektionen und Erkältungen. Schließlich mußten auch Jakartas Beamte die strikte Kleiderordnung revidieren. Doch das Nachrücken indonesischer Siedler und smarter Händler, die auf Fortschrittsglauben aufbauende Schulerziehung helfen mit, die Bevölkerung in „moderne“ und „hinterwäldlerische“ Menschen aufzuteilen. Bunte Shorts, Baseballmützen, Sportschuhe und Sonnenbrillen gehören mittlerweile zum Baliemtal wie die „Bemos“, die indonesischen Sammeltaxis, die mit plärrendem Kassettenrecorder die Fahrgäste aus den Dörfern locken.

Mit indonesischer Konzession holzen etliche internationale Firmen den Regenwald ab. In einem Ausmaß, das erst vor kurzem der World Wide Fund for Nature (WWF) angeprangert hat: Indonesien hat nach Brasilien die größten Tropenwaldbestände der Welt – und vernichtet davon jährlich etwa eine Million Hektar!

„Das Jahr, als die Bibel zu uns kam ...!“ Wie an die große Erleuchtung aus düsterem Steinzeit-Dasein scheinen sich die Yali-Einwohner des Hochlands um Angguruk und Kosarek an das Eintreffen des ersten Missionars erinnern zu wollen. Siegfried Sollner war es gewesen, ein protestantischer Schwabe, der 1963 den Airstrip anlegen ließ. Ein großes Kitschgemälde in der Bretterkirche von Angguruk hält den historischen Augenblick fest, eine Nachbargemeinde heißt Erika, zu Ehren seiner Frau. Judas, Salomon, Johannes oder Hermanus – mit der Taufe dürfen die Papuas biblische Namen annehmen. Verlegen und schaudernd erzählten die Jüngeren unter ihnen, daß ihre Eltern damals noch Bewohner feindlicher Dörfer – und auch Missionare – aufgegessen hatten.

Stolz dagegen erklärt mir Sollners Nachfolger, ebenfalls aus Deutschland, die Ausdehnung des neuen Missionsgebietes im Land der Mek auf der Karte. Es ist scharf abgegrenzt vom Territorium der katholischen Konkurrenz.

Auch in Neuguinea haben die christlichen Kirchen eine Vorreiterrolle inne, was Kolonialisierung und Entwicklung angeht. Ihre anfängliche Sympathie mit den Zielen der OPM haben die katholischen und protestantischen Kirchenmänner abgelegt. Sie verurteilen nun deren gewalttätige Aktionen, die nicht selten auch unschuldige Zivilpersonen treffen. Teilweise haben sie sich aber auch mit Indonesien arrangiert, weil sie das Wohlwollen der Regierung für die Fortsetzung ihrer Arbeit nötig haben. So sind wiederholt Missionsflugzeuge im Auftrag und mit Ausrüstung der Beamten unterwegs. Ein Verstoß gegen den seelsorgerischen Grundsatz, worüber sich selbst die Piloten ärgern.

Am Tag, als wir das kleine Dorf der Mek verlassen, bringt ein Mann die frohe Botschaft: Im Nachbartal ist ein Hubschrauber gelandet. Er gehört dem SIL, dem „Summer Institute for Linguistics“. Die in den USA gegründete religiöse Gesellschaft leistet wahre Pionierarbeit. Sie will die Sprachen möglichst vieler, noch so kleiner Völker studieren, um diesen das Wort Gottes zugänglich machen zu können. Um das Vertrauen der Mek zu gewinnen, hat der Pilot eilig Säcke mit Kleidern und knallroten Acryldecken, etliche Spaten und Hacken ausgeladen. Dann schwirrt er wieder in die Wolken hinauf, nicht ohne vorher seine Kollegen mit weiteren Geschenken angekündigt zu haben.

Als wir vom Berg herabsteigen, hat auch in diesem Tal ein neues Zeitalter begonnen. Aufgeregt rennen die Leute herum und zeigen sich gegenseitig die vom Himmel geflatterten T-Shirts. Über Penisköchern und Grasröcken prangt der American way of life: „Jesus Loves You“, „Join the Navy“ und „Rambo III“.

taz, 6.11.93

Anzeige

Von Rendra, einem der bekanntesten Schriftsteller Indonesiens, liegt ein Gedichtband in deutscher Sprache vor:

Rendra
Weltliche Gesänge und Pamphlete
Gedichtsammlung
95 Seiten, Leineneinband, DM 30.– incl. Porto

Bestellungen an Watch Indonesia!, Bezahlung per Scheck oder Überweisung.

ARBEITERINNEN

Watch INDONESIA!

Glasnost ja, Perestroika nein

Gegen Ende des Jahres '93 sowie Anfang dieses Jahres gab es in Indonesien eine Welle von Demonstrationen. Mitte Januar gingen in mehreren Städten insgesamt 20.000 ArbeiterInnen auf die Straße. Es handelte sich dabei um den größten ArbeiterInnenstreik der letzten Jahre. Gefordert wurde die tatsächliche Anhebung der Tageslöhne von 2.600 auf 3.800 Rupiah (umgerechnet von 2,10 auf 3,10 DM), nachdem die Regierung den Mindestlohn ab dem 1. Januar '94 offiziell erhöht hatte, die Arbeitgeber aber erklärten, daß sie diese Erhöhung nicht zahlen würden.

Anders als sonst, hielten sich die Sicherheitskräfte diesmal zurück. Erfahrungsgemäß ist das Militär bei ArbeiterInnenprotesten immer sofort zur Stelle und mischt auch bei den Verhandlungen zwischen Unternehmensleitungen und ArbeiterInnenvertreterInnen mit. Der Grund für die ungewöhnliche Zurückhaltung des Militärs in diesem Fall liegt augenscheinlich im ultimativen Auftreten der USA, die schon seit längerer Zeit Kritik hinsichtlich der Einmischung des indonesischen Militärs in ArbeiterInnenproteste geäußert hatte. Die Clinton-Administration drohte nun der indonesischen Regierung direkt, die Exportbegünstigungsklausel für Indonesien am 15.2.94 zu streichen, sollte der freie Meinungsausdruck der Gewerkschaften weiterhin verhindert werden /Tempo, 29.1.94/.

Vor der Streikwelle der ArbeitnehmerInnen gehörten StudentInnendemonstrationen und darauf folgende Verhaftungen, sowie eine Anzahl von Rede- und Auftrittsverboten zu den wichtigsten politischen Ereignissen des Jahres 1993. Als Reaktion auf die Verhaftung von 21 StudentInnen am 14. Dezember 1993 ("Peristiwa 14 Desember 93") organisierten StudentInnen von verschiedenen Hochschulen aus Yogyakarta, Malang, Surabaya und Bandung weitere Demonstrationen, auf denen sie die Freilassung ihrer KommilitonInnen forderten. Ferner verlangten sie vom Parlament, mehr Mut zu zeigen und gegen die ihrer Meinung nach ungesetzlichen Verhaftungen zu protestieren /Editor, 7.1.94/.

Die StudentInnenproteste gehören zu den interessantesten politischen Ereignissen Ende letzten Jahres. Hatte sich die Kritik früher mehr auf lokale Probleme wie Landkonflikte bezogen, bei denen ein Eingreifen des Auslands angestrebt wurde, so berührten die letzten Protestaktionen der StudentInnen das Tabuthema der zentralisierten Macht selbst. Beispielsweise wurde in der letzten Zeit die Forderung nach dem Rücktritt einer Ministerin lauter. Während einer Demonstration im Parlamentsgebäude (DPR) wurde die Einberufung einer Sitzung der Oberhauses (MPR) gefordert und bevor die staatliche Lotterie aus dem Verkehr gezogen wurde, wagten es die DemonstrantInnen sogar, vor dem Präsidentenpalast, ihren Unmut zu äußern. Zum ersten Mal fiel auch Suhartos Name, der als Urheber aller Mißstände bezeichnet wurde. Die Proteste richteten sich also nicht mehr nur gegen die Anwendung des sogenannten "security approach" des Regimes im Allgemeinen, sondern wiesen direkt der Machtzentrale die Verantwortung für die Mißstände im Land zu. Höhepunkt der Aktionen war die Forderung nach einer Sondersitzung des Parlaments /Editor, 7.1.94/.

Eine Reihe anderer wichtiger Ereignisse im Vorfeld kann man als Ermutigungen zu diesen offenen Anklagen gegen die Regierung betrachten. So hatte der Druck der Clinton-Administration die Aufdeckung des Mordes an der ArbeiterInnen-Aktivistin Marsinah ermöglicht, die inzwischen zu einem Symbol des Widerstandes gegen das Unrechtssytem geworden ist. Ferner hatte die Regierung, als Versuch, das eigene Image aufzubessern, den Militärkommandanten von Madura abgesetzt, nachdem vier Staudammgegner von Sicherheitskräften auf der Insel Madura erschossen worden waren (s. **Indonesien-Information,** Dez. '93). Daß Widerstand gegen das Regime erfolgreich sein kann, zeigte sich auch im Fall der Vorstandswahl der PDI (Demokratische Partei Indonesiens). Bisher hatte die PDI innerhalb der Neuen Ordnung bloß eine Rolle gespielt, die vergleichbar war mit derjenigen der Blockparteien zu DDR-Zeiten. Nun schert sie scheinbar von diesem Kurs aus. Megawati, Tochter des früheren Präsidenten Sukarno, die als Frau im männerdominierten Parlament jahrelang isoliert war, wurde am 23.12. 1993 unerwartet zur neuen PDI-Vorsitzenden gewählt. Dabei hatte die Regierung seit dem 11. September hartnäckig versucht, Megawatis Wahl zu verhindern. Selbst während des Parteitages versuchten Regierungsvertreter und der Geheimdienst, die Delegierten zu beeinflussen und einzuschüchtern. Vom Direktoriat für Sozialpolitik gab es einen Erlaß, nach dem sämtliche PDI-Delegierte der 27 Provinzen einen von der Regierung abgesegneten Vorsitzenden zu wählen hatten /Tempo, 4.12.1993; DeTIK, 29.12.93-4.1.1994/.

Es mag sein, daß Megawati den Wahlsieg vor allem deshalb errang, weil ihr Vater der noch immer sehr populäre Sukarno war. Die politischen Beobachter in Indonesien sind sich jedoch auch darüber einig, daß Megawati von der Bevölkerung als ein Symbol der Strömung von unten ("Arus Bawah") angesehen wird. Und ihre Partei, die PDI, verkörpert für viele zunehmend die potentielle Möglichkeit einer Zusammenarbeit aller Gruppierungen über deren religiöse und ethnische Grenzen hinaus. So konnte auch - ganz wie zu Sukarnos Zeiten - ein "Ausländer", nämlich der als Regierungskritiker bekannte Chinese Kwik Kian Gie Vorstandsmitglied der PDI werden /DeTIK 29.12.93/.

Der Politologe Armien Rais, der dem Vorstand der Organisation islamischer Intellektueller in Indonesien (ICMI) angehört, beurteilte Megawatis Wahl zur PDI-Vorsitzenden als unglaubliches Ereignis. Sie verkörpere den sozialen und politischen Protest im Land /DeTIK, 29.12.93 - 4.1.1994/. Dieser Meinung ist auch Prof. Dr. William Liddle, Politologe an der Ohio State University. Zur Zeit gebe es, wie er meint, in Indonesien keinen vergleichbar charismatischen Führer wie Megawati /DeTIK, 5.-11.1.94/.

Aber auch das Ergebnis der wochenlang anhaltenden Demonstrationen gegen die staatliche Lotterie erlebten die Regierungskritiker als mutmachenden Erfolg. Denn letztendlich hatte sich die Regierung dem Willen der Protestierenden beugen müssen und schaffte das staatliche Glücksspiel ab, in welchem viele nichts anderes gesehen hatten, als einen Geldtransfer von den dünnen Geldbeuteln der Armen in die Kassen von Militär- und Regierungskreisen /Tempo, 4.12. 1993/.

Doch dem spürbaren Wandel weist das System nun seine Grenzen: Als die StudentenaktivistInnen am 14. Dezember letzten Jahres ihre direkte Kritik an der Person des Präsidenten zum Ausdruck brachten, schien der Regierung das Maß voll zu sein. Offensiv versucht sie nun, der Gefährdung ihrer Macht Einhalt zu gebieten. 21 StudentInnen wurden verhaftet und sind nun angeklagt, die Institution des Präsidenten beleidigt zu haben, wie der Vize-Polizeikomandant, General Major Koespramono Irsan erklärte /Editor, 7.1. 94/. Ebenso wie Pijar-Aktivist Nuku Soleiman, der wegen seinen Flugblättern *"gegen den Regierungsboß"* inhaftiert wurde (s.S. 15), haben auch sie mit einer Höchststrafe von 6 Jahren zu rechnen /Reuter, 24.1.94/.

Die offizielle, von der Regierung gebildete Menschenrechtskommission unterstützt die DemonstrantInnen nicht, sondern veruteilt sie als *"kindisch und in ihren Aktionen nicht gerechtfertigt, weil sie eine Veränderung des Systems anstreben"* /DeTIK, 22-28.12.1993/. Der Oberkommandierende des Militärs und Absolvent der deutschen Bundeswehrakademie in Hamburg, General Feisal Tanjung erklärte: *"ABRI (Angkatan Bersenjata Republik Indonesia = das indonesische Militär inklusive der Polizei) ist nicht gegen die Demokratie. Aber eine soziale Dynamik, die nicht auf nationaler Stabilität basiert, lehnen wir ab,"* /Media Indonesia, 29.12.93/. An die Adresse von Regimegegnern wie JournalistInnen und AktivistInnen im Ausland ging der unterschwellig mit einer Warnung verbundene Vorwurf des Außenministers Ali Alatas: *"There is a small but vocal group in the world who band together in an organised campaign against Indonesia, trying to discredit us and blacken our name,"* /Reuter, 20.1.94/. Und Suharto selbst äußerte, daß auf die nationale Stabilität scharf achtgegeben werden müsse. Die Methoden der DemonstrantInnen, sagte er, seien wie die der Kommunisten / DeTIK, 22.-28.12. 1993/.

Die Euphorie für eine Liberalisierung des politischen Klimas in Indonesien ging dem Regime offensichtlich zu weit, und so setzte es wieder verstärkt das Mittel der Zensur ein. Menschenrechtsanwalt Adnan Buyung Nasution, beispielsweise, durfte weder vor dem Kongreß des Unternehmerverbandes (IKADIN) in Jember (Ost-Java) reden, noch auf einem Rechtsseminar an der Universitas Indonesia, der er selbst entstammt /Kompas, 14.12.93/; ferner wurde die geplante Lesung des kritischen Lyrikers WS Rendra an einer Universität in Nusa Tenggara Barat kurzerhand verboten. /Editor, 7.1.94/. Auch der für den 11. Februar 94 angekündigte und an sich unpolitische Streik zur Unterstützung der Forderung nach einer Anhebung des Tagelohns auf 7.000 Rupiah (ca. 5,83 DM; zu den Lebenshaltungskosten, siehe S. 28), mußte platzen: Militär griff ein; die Führer der unabhängigen Gewerkschaft SBSI wurden verhaftet. *"Sie haben eine unerlaubte Sitzung abgehalten und planen einen Streik auf nationaler Ebene"*, begründete der Militärpressechef, Oberstleutnant Saragi die Verhaftung von drei Gewerkschaftsführern in Semarang. Sie hätten das Gesetz gebrochen, da sie versuchten, die indonesische Regierung anzufeinden. Wie er erklärte, seien überdies die Flugblätter zum Aufruf des Streikes vom Ausland finanziert worden /Tempo, 19.2.94/. Auf einen Nenner gebracht läßt sich die Haltung der indonesischen Regierung also beschreiben als die Strategie: "Glasnost - Bitte schön; Perestroika - Nein!"

<>

Proteste für Mindestlohn

JAKARTA, 2. Februar (ap). Tausende von Arbeitern sind in mehreren indonesischen Städten mit der Forderung auf die Straße gegangen, daß ihre Arbeitgeber den neuen gesetzlichen Mindestlohn auch wirklich zahlen. Wie Zeitungen in der Hauptstadt Jakarta am Mittwoch berichteten, verlangten sie außerdem die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften. Am Vortag hatten Gruppen von Arbeitern in der Provinzstadt Bandung Autos beschädigt und den Wachmann einer Textilfabrik gefangengenommen, wie die Zeitung *Terbit* berichtete.

Präsident Suharto ermahnte die Unternehmer, die Rechte ihrer Beschäftigten zu respektieren. Der Arbeitsminister wurde angewiesen, die Firmen aufzusuchen, die den Mindestlohn noch nicht zahlen.

Frankfurter Rundschau, 3.2.94

Arbeiterunruhen

Jakarta (AFP/dpa) – In Jakarta und der nahe gelegenen Stadt Tangerang haben sich vorgestern mindesten 8.000 Arbeiter der indonesischen Waschmittelindustrie an Streiks beteiligt. Presseberichten zufolge wurden dabei Autos und Büros in Brand gesetzt. Die Arbeiter forderten, den Tageslohn von bislang umgerechnet zwei Mark auf rund drei Mark anzuheben. Diesen Tagessatz hatte die indonesische Regierung kürzlich als Mindestlohn festgesetzt.

taz, 10.2.94

Verhaftungen

Jakarta (AP) Kurz vor einem Generalstreik sind vorgestern in Indonesien drei hohe Gewerkschaftsfunktionäre in der Stadt Semarang verhaftet worden, teilte ein Gewerkschaftssprecher gestern mit. Sie hätten Flugblätter verteilt, auf denen die Regierung verleumdet werde und zum Streik aufgestachelt würde. Bei Jakarta seien am gleichen Tag vier weitere Gewerkschafter mit gleichem Vorwurf festgenommen worden.

taz, 11.2.94

Generalstreik

Jakarta (AP) – Mindestens 150.000 IndonesierInnen haben sich gestern an einem einstündigen Generalstreik beteiligt. Sie forderten die Erhöhung des Mindestlohns und die Freilassung von drei hohen Gewerkschaftsfunktionären. Diese waren verhaftet worden, weil sie Flugblätter mit dem Streikaufruf verteilt hatten.

taz, 12.2.94

Aus Haft entlassen

Jakarta (AFP) – Der Chef der größten unabhängigen Gewerkschaft Indonesiens, Muchtar Pakpahan, ist gestern in Jakarta aus der Polizeihaft entlassen worden. Er war am Freitag zusammen mit 18 weiteren Gewerkschaftern im Vorfeld eines Streikes festgenommen worden, bei dem es um die Erhöhung der Mindestlöhne ging.

taz, 14.2.94

Gewerkschaftsführer frei

JAKARTA, 13. Februar (ap/afp). Zwei Tage nach einem Generalstreik, an dem sich 150 000 Arbeiter beteiligten, hat die indonesische Polizei am Sonntag einen von drei Führern der unabhängigen Gewerkschaft wieder freigelassen, die zu dem Ausstand aufgerufen hatte. Gegen den Gewerkschaftsvorsitzenden Muchtar Pakpahan wird weiter wegen Aufwiegelung ermittelt. Ihm und den beiden weiter festgehaltenen Funktionären drohen bis zu sechs Jahre Gefängnis. Pakpahans Gewerkschaft „für den Wohlstand" gehören 300 000 Mitglieder an. Die Regierung erkennt nur die staatliche Gewerkschaft an.

Frankfurter Rundschau, 14.2.94

Lebenshaltungskosten in Indonesien

Dieses Jahr steigen die Preise in Indonesien noch rascher als bisher: Kostete ein Kilo Eier in Vorjahr umgerechnet 1,66 DM, so bezahlt man jetzt 2,41 DM. Der Kilopreis für Rindfleisch stieg von umgerechnet 10,- DM auf 10,83 DM. In Bandung z.B. findet man keine Tomaten, und wenn sie im Angebot sind, kosten sie pro Kilo 2,50 DM. Das bedeutet eine 100%ige Steigerung gegenüber Anfang Februar. Der Preis für ein Kilo Reis stieg (wiederum in Bandung) von 0,04 DM auf 0,16 DM. Reis von besserer Qualität erhält man für 0,92 DM das Kilo, vorher hatte es 0,75 DM gekostet. Der Kilopreis für grüne Chilis stieg von 0,83 DM auf 2,50 DM. Vor allem in den größeren Städten sind die Lebensmittelpreise gestiegen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Überschwemmungen haben auch diesmal große Teile der Ernte zerstört. Hinzu kommt aber noch, daß die Bauern bestimmte Produkte im Ausland gewinnbringender verkaufen können, als wenn sie sie auf dem indonesischen Markt anbieten. So bevorzugten es viele Landwirte, ihre Tomaten nach Singapur zu exportieren, wo sie einen Kilopreis von umgerechnet 2,50 DM erhalten /Tempo, 19.2.94/.

Während die Lebenshaltungskosten einerseits drastisch zunehmen, finden andererseits kaum Lohnerhöhungen statt. Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn liegt zwar offiziell ab dem ersten Januar 1994 bei umgerechnet 3,10 DM pro Tag, wird jedoch von den Arbeitgebern nicht wirklich ausgezahlt. Ohnehin ist äußerst fraglich, ob er ausreichen würde, um auch nur die nötigsten Kosten für Grundbedürfnisse zu decken. Hier eine Übersicht der durchschnittlichen Kosten einiger Grundnahrungsmittel in Indonesien heute (Preise pro Kilo):

Eier	2,41 DM	(von vorher 1,66 DM)
Rindfleisch	10,83 DM	(von vorher 10,- DM)
Reis (einfache Qualität)	0,04 DM	(von vorher 0,16 DM)
Reis (gute Qualität)	0,92 DM	(von vorher 0,75 DM)
Grüne Chili	2,50 DM	(von vorher 0,83 DM)
Tomaten	2,50 DM	(von vorher 1,25 DM)

/Tempo, 19.2.94/

In Jakarta:

Weißer Zucker	1,08 DM
Brauner Zucker	1,08 DM
Salz	0,42 DM
Trockenmilch	1,29 DM
Bratöl	1,- DM

/Pos Kota, 29.12.93/

Die Moral des Kriegsschiffverkaufes

Die Angst vor dem möglichen Verlust der eigenen Pfründe läßt die Moral zurückstehen. Das ist normal im wirklichen Leben. Alle Rechtfertigungen werden nur als Maske benutzt, um die eigenen Interessen zu verdecken. So blieb es bei einer Veranstaltung in Rostock bei alten Argumenten: der Verkauf von Kriegsschiffen an das Militärregime in Jakarta war rechtens, denn die Kriegsschiffe sind durch Entwaffnung friedlich geworden.

Am 27.1. fand im Rostocker Rathaus auf Einladung des Neuen Forums eine Informationsveranstaltung zum Export von Kriegsschiffen nach Indonesien statt. Nach einer ähnlichen Veranstaltung Anfang November in Neustadt, Schleswig-Holstein, wo derzeit 1.660 indonesische Marinesoldaten im Auftrag der als Generalunternehmer auftretenden Ferrostahl AG von der Bundesmarine für den künftigen Einsatz auf den Schiffen fit gemacht werden, nahm die Veranstaltung in Rostock die Instandsetzung und Umrüstung von Landungsschiffen zum Anlaß, die auf der dortigen Neptun-Werft durchgeführt werden.

Die Stadt Rostock, zu DDR-Zeiten einst wichtiger Standort der Schiffbauindustrie, hat seit der Vereinigung mit immensen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Großteil der Bevölkerung ist vom Schiffbau abhängig, doch angesichts der EU-weiten Überkapazitäten in diesem Bereich und der bereits seit langem anhaltenden Werftenkrise in Westdeutschland, hat der Schiffbau in Rostock keine Zukunft. Nur ein Bruchteil der Arbeitskräfte wird in der Werftindustrie beschäftigt bleiben, der Großteil ist bereits entlassen. Die Ansiedlung bzw. der Ausbau anderer Industriezweige, die das freigesetzte Arbeitskräftepotential auffangen könnten, läßt auf sich warten.

Die Stimmung ist mies, der Blick in die Zukunft düster - der ideale Nährboden für rechtsradikal-nationalistisches Gedankengut. Längst wurde Rostock zusammen mit Hoyerswerda zu einem Synonym für Ausländerfeindlichkeit, nachdem in beiden Städten Rechtsradikale regelrechte Pogrome gegen Ausländerwohnheime veranstalteten, während die Anwohner Beifall klatschten und die Polizei tatenlos zusah.

Natürlich stehen die meisten Rostocker BürgerInnen nicht hinter den Ausschreitungen, die damals im Stadtteil Lichtenhagen stattfanden, und natürlich leben auch in Rostock Menschen, die in der Lage sind, politisch über den Tellerrand zu blicken und die sich u.a. für die Rechte von AusländerInnen einsetzen. Doch die Mehrheit der Rostocker zieht es vor, zu derartigen Dingen zu schweigen. Was die Leute wirklich bewegt, ist ihre eigene wirtschaftliche und soziale Situation. Das Interesse an den Problemen anderer ist daher eher gering.

Ein Thema wie die Lage der Menschenrechte in Indonesien und dem von Indonesien besetzten Ost-Timor, dem auch der Rest der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur geringe Aufmerksamkeit schenkt, hat es folglich schwer, zum Stadtgespräch in Rostock zu werden. Noch dazu, wenn einige wenige Fakten genügen, deutlich zu machen, daß eine kritische Diskussion dieses Themas für Rostock unbequem sein könnte.

Die Veranstalter der Informationsveranstaltung hatten sich Mühe gegeben, das Podium mit VertreterInnen aller vom Verkauf der Kriegsschiffe betroffenen Kreise zu besetzen. Die Gruppe "Timor und kein Trupp", die an Pfingsten 1993 die Schiffsbesetzung im Hafen von Peenemünde organisiert hatte, die Kinderhilfsorganisation terre des hommes, die BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport!" und **Watch Indonesia!**

vertraten auf dem Podium die Gegner des Waffendeals, während der Betriebsratsvorsitzende der Neptun-Werft und die SPD-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises, Frau Lucyga, das Geschäft aus der Perspektive Rostocks kommentierten. Ein Vertreter der CDU war ebenfalls eingeladen, sagte aber ab. Er sehe sich im Übrigen - was dieses Thema beträfe - durch die Dame von der SPD gut vertreten, ließ er die Veranstalter wissen.

Der Mann wußte, was er sagt. Gezielt wich Frau Lucyga Fragen, die den Gesamtkomplex der Waffenlieferung betrafen, aus. Die SPD habe die Bundesregierung mehrfach wegen des Verkaufs der Schiffe kritisiert und zuletzt eine kleine Anfrage im Bundestag gestellt, zu der nun die Antwort der Bundesregierung vorliege. Sie selbst sei nicht völlig damit einverstanden, was in Peenemünde geschehe (nämlich die Instandsetzung von Schiffen inclusive einer teilweisen Wiederbestückung mit Waffen und Munition, d.Red.), und auch den geplanten Bau neuer U-Boote für Indonesien halte sie *"so"* nicht für richtig. Bei der Ausbildung der 1.660 indonesischen Marinesoldaten in Neustadt sei immerhin darauf zu hoffen, daß sie von den Ausbildern der Bundesmarine auch die Grundlagen deutschen Demokratieverständnisses übermittelt bekämen (ausgerechnet!, d. säzzer). Was nun aber die Landungsschiffe angehe, die in Rostock wieder einsatztauglich gemacht werden, habe sie sich davon überzeugt, daß es keinerlei Grund zu Bedenken gebe. Die Landungsschiffe seien schließlich völlig demilitarisiert und quasi als zivile Objekte anzusehen.

Daß gerade Landungsschiffe selbst ohne Schießeisen an Bord als Offensivwaffen gelten, da sie dazu dienen, etwa bei einer Invasion Truppen und Panzer anzulanden, interessierte in Rostock nur wenige Unverbesserliche. Jemand aus dem Publikum meinte sogar, die Kriegsschiffe könnten zu friedlichen Zwecken genutzt werden, wie beispielsweise zum Transport schweren Gerätes aus Java auf andere Inseln. Die Idee war getragen von einer äußerst vagen Vorstellung über Indonesiens Transmigrationsprogramm, mit der um so festeren Überzeugung, daß dieses bislang nur am Mangel an schweren Maschinen gescheitert ist. Man habe zwar gehört, daß es auf verschiedenen Inseln Probleme gibt, aber offenbar ändert das nichts an der Grundeinstellung, 'barbarischen Gebieten' den Fortschritt bringen zu wollen. Vergessen sind da die Klagen der Ossis, die sich vom modernen Westen mit seiner Marktwirtschaft überrollt fühlen. Daß die Landungsschiffe mit ihrem schweren Gerät auf den 'Probleminseln' genauso nur den Weg bahnen für eine Marschwirtschaft aus dem 'Politbüro' in der Zentrale Jakarta paßt nicht ins Konzept. Ein hier lebender Indonesier, der für **Watch Indonesia!** sprach, kommentierte angesichts solcher Gedanken nur noch zynisch: *"es ist gut, da die Landungsschiffe an Indonesien verkauft worden sind, denn sonst könnten damit Asylanten verfrachtet werden"*.

Frau Lucyga erklärte, sie teile trotz aller Bedenken die auch von der Bundesregierung immer wieder verbreitete Auffassung, daß es insbesondere in der Straße von Malakka erhebliche Probleme mit Seepiraterie und Drogenschmuggel gebe. Aus diesem Grund sei dort bereits seit längerem die Handelsschifffahrt zum Erliegen gekommen. Indonesien habe sich nun entschlossen, schärfer gegen Piraten und Schmuggler vorzugehen. Dies sei der eigentliche Grund für den Kauf der Schiffe, wie er auch vertraglich festgelegt worden sei.

Tatsächlich ist die Seepiraterie in der Straße von Malakka ein Problem (s. Bericht auf S. 46). Doch wenn man den Worten von Frau Lucyga folgte, müßte man annehmen, daß der vom Seehandel abhängige Stadtstaat Singapur - mitten in der Straße von Malakka gelegen - kurz vor dem Ruin steht. Die ebenfalls um sich greifende Seepiraterie im von Indonesien kontrollierten südchinesischen Meer wurde mit keiner Silbe erwähnt, denn in diesem Gebiet sollen keine ehemals deutschen Kriegsschiffe eingesetzt werden. Wie **Watch Indonesia!** bereits im Februar 1993 berichtete, sind die Schiffe ausschließlich für den Einsatz in den östlichen und westlichen Gewässern Indonesiens vorgesehen /Tempo, 14.1.93/. Der Einsatzzweck nach Aussage Admiral Arifins: Kriegsführung und Sicherheitsüberwachung /Tempo, 7.11.92/.

Doch gegen solche Einwände zeigte sich Frau Lucyga immun. Auch daß sich der - im südostasiatischen Maßstab vernachlässigbare - Drogenhandel in der Region weitgehend auf den Umschlag von Marihuana beschränkt und maßgeblich ausgerechnet von Angehörigen des Militärs betrieben wird, wurde ignoriert. Auf die mehrfach gestellte Frage, wie sie sich denn vorstelle, daß mit Hilfe von Landungsschiffen die in kleinen Schnellbooten operierenden Piraten bekämpft werden könnten, gab die Abgeordnete schließlich zynisch zu verstehen: *"Die Antwort wird wohl im Raum stehenbleiben"*.

Die Verteidiger des Rüstungsgeschäfts waren taub für Argumente, denn die 30 Mio DM Auftragswert und Brot für 170 qualifizierte Fachkräfte - so die Darstellung der Bundesregierung - bzw. 300 Arbeiter - nach Darstellung des Betriebsrates der Neptun-Werft - sind Argumente genug.

Die angebliche schwere Erfahrung der vergangenen SED-Geschichte ist offenbar längst vergessen, denn die Art und Weise wie Frau Lucyga, der Betriebsrat und andere Beteiligte den Verkauf der Waffen an ein Regime, das dem der SED nicht unähnlich ist, verteidigten, zeigt, da sie damals unter Mielkes neugierigen Augen und Ohren auch zurecht kamen. Unzufriedenheit unter der SED geht nicht zusammen mit der Rechtfertigung von Waffenlieferungen an Suharto.

Schon lange stehe das Parteikürzel CDU für *'Caritas der Diktaturen in Übersee'* und FDP für *'Förderung der Diktaturen Partei'* unkte ein Veranstaltungsteilnehmer. Mit Leuten wie Frau Lucyga drohe nun auch die SPD zum *'Sozialen Partner der Diktaturen'* zu verkommen. Es steht schlecht um die Moral der deutschen Politik. Dabei hätte die Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des kalten Krieges eine neue Entwicklungspolitik einschlagen können - zumal als Kandidat des UN-Sicherheitsrates. Durch den Verkauf von Kriegsschiffen an Diktaturen und Unrechtssysteme, macht sich die BRD mitschuldig an schwersten Menschenrechtsverletzungen (BRD - *'Banditen rüsten Diktatoren'*, wie oben zitierter Veranstaltungsteilnehmer übersetzte), anstatt für die Durchsetzung der UNO-Charta über die Menschenrechte zu kämpfen.

Vielleicht macht der Verkauf der Kriegsschiffe wenigstens die Legende von einem braunen Rostock vergessen. Nach dem zutage getragenen Grundsatz 'Erst der Bauch, dann die Moral' könnte Rostock zu einer ausländerfreundlichen Stadt werden. Zumindest, wenn es so gut läuft wie im holsteinischen Neustadt: Dort bescheren die anwesenden indonesischen Marinesoldaten der Stadt einen echten Aufschwung. ‹›

Entwaffnung vergessen

Die Bundesregierung beantwortete inzwischen eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu Kriegsschifflieferungen an Indonesien. Bei vielen der insgesamt 32 Fragen drückt sich die Bundesregierung um klare Antworten herum und verschanzt sich wie so oft hinter Allgemeinplätzen. In einige Punkten ist die Antwort der Bundesregierung dennoch interessant. Zur Frage, welches militärische Gerät sich auf den zu liefernden teildemilitarisierten Schiffen noch befinden wird, heißt es unter anderem: *"Fliegerabwehrbewaffnung, U-Boot-Abwehrbewaffnung, funktechnische Ausrüstung, Anlagen gegen elektronische Kampfführung, ABC-Schutzeinrichtungen, Minenabwehrbewaffnung,"* usw. Auf vier Minensuch-/Räumbooten KONDOR II seien jeweils ein Fliegerfaustabschußgestell für Nahbereichsfliegerabwehrraketen *"irrtümlich"* nicht abgebaut worden.

Die Zweckbestimmung der Schiffe sei vertragsgemäß der Küstenschutz, die Seewegsicherung und die Bekämpfung der Piraterie und des Schmuggels, insbesondere im Bereich des Drogenhandels. Die Bundesregierung schämt sich offenbar nicht, angesichts der beschriebenen militärischen Ausrüstung diese altbekannten Verniedlichungen des wahren Einsatzzweckes der Schiffe - nämlich die Kriegsführung, wie in Indonesien ganz offen zugegeben wird - zu wiederholen. Gegen welche Piraten braucht man ABC-Schutz? Welche Drogenschmuggler werden mit Flieger- und U-Boot-Abwehrbewaffnung gejagt?

Eine Kontrollmöglichkeit, ob der vertragsgemäße Einsatzzweck eingehalten wird, hat sich die Bundesregierung nicht vorbehalten, wie indirekt zugegeben wird. *"Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, an der Vertragstreue der indonesischen Regierung zu zweifeln,"* heißt es. /Bundestagsdrucksache 12/6512/ <>

Bonn trägt bei Rüstungsexport ein hohes Risiko

Von Peter Ziller

Kriegsschiffe für Indonesien durch Staatsbürgschaft abgesichert

BONN, 15. Februar. Bei Waffenexporten stehen politischer Schaden und ökonomischer Nutzen oft in einem krassen Mißverhältnis. Dies zeigt beispielhaft die Ausfuhr von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR nach Indonesien. Bonn sichert das Geschäft mit Hermes-Bürgschaften von 561 Millionen Mark ab. Effekt: Etwa 170 vorläufig erhaltene Instandhaltungs-Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Der vor einem Jahr besiegelte Verkauf der NVA-Schiffe war im Ausland heftig kritisiert worden. Die malaysische Regierung bezeichnete den Handel als „unklug“ und als „Störung des militärischen Gleichgewichts in der Region“. Auch Portugal protestierte in Bonn. Indonesien hält seit Jahren einen Teil der Insel Timor besetzt. Menschenrechtsverletzungen werden den Machthabern in Jakarta auch im eigenen Land und im ebenfalls besetzten West-Papua vorgeworfen. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPD räumte die Bundesregierung ein, „die einschlägigen Berichte“ zu kennen. Sie teile die Sorge „über die Respektierung der Menschenrechte“ in Ost-Timor und West-Papua. Gleichwohl hatte Bonn Indonesien 16 Küstenschutzschiffe, zwölf Landungsboote, zwei Gefechtsversorger und neun Minensuchboote verkauft.

Friedensforscher vermißt Beschäftigungseffekt

Über den Kaufpreis schwieg Bonn sich aus. Die Bundesregierung rechtfertigte den Verkauf mit den „vielfältigen Beziehungen“ zu Indonesien und dessen Zugehörigkeit zur ASEAN, einer NATO-ähnlichen Organisation. In der Antwort an die SPD weist die Regierung darauf hin, daß duch den „Verkauf und die anschließenden Demilitarisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an den indonesischen Schiffen etwa 170 qualifizierte Arbeitsplätze für die Dauer von zwei Jahren in Mecklenburg-Vorpommern gesichert“ würden.

Diesem Effekt stehen freilich erhebliche finanzielle Risiken entgegen. Zustande gekommen ist das Geschäft nämlich nur, weil die Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Reparatur und Modernisierung der 39 Schiffe durch einen Kredit in Höhe von 425 Millionen Mark flankiert. Zusätzlich gewährt die KfW ein Darlehen von 136 Millionen Mark; damit zahlt Indonesien die Ausstattung der Boote mit von Siemens gelieferten „Fernmeldeausrüstungen in digitaler Technik“. Da Jakarta keine Sicherheiten stellen konnte, bewilligten die Frankfurter Bankiers die Darlehen erst, nachdem Bonn Hermes-Bürgschaften zugesagt hatte. Ein solches Entgegenkommen für ein Nicht-NATO-Land sei eher die Ausnahme von der Regel, heißt es in Regierungskreisen.

Die Höchsthaftung des Bundes aus dem auf fünf Jahre angelegten Kredit beträgt einschließlich Zinsen 698,9 Millionen Mark, wie aus einer der *FR* vorliegenden Meldung an den Haushaltsausschuß des Bundestages hervorgeht. Über Hermes-Zusagen haftet der Bund inzwischen für Lieferungen im Wert von annähernd acht Milliarden Mark nach Indonesien. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte kürzlich bekannt gegeben, daß 1993 durch Hermes-Bürgschaften ein Defizit von 5,1 Milliarden Mark entstand.

Dieter Reinhardt, Berliner Mitarbeiter der Hilfsorganisation „terre des hommes Deutschland“, nennt die Hermes-Bürgschaft für die NVA-Kriegsschiffe ein Indiz dafür, daß Bonn zunehmend „schmutzige Exportgeschäfte“ mit staatlichen Garantien begleitet. Der Hamburger Friedensforscher Peter Lock hatte in einem Gutachten für terre des hommes unlängst die geringen Beschäftigungseffekte von Marineexporten beklagt. Stelle man diese den anfallenden Leistungen des Bundes für einen in Regreß genommenen Hermeskredit gegenüber, „so würde ein solcher Betrag ausreichen, ein regionales Wirtschaftsförderungsprogramm mit einem zumindest vergleichbaren Beschäftigungseffekt aufzulegen“, meint Lock.

Frankfurter Rundschau, 16.2.94

Harmlose Boote mit Abschußgestellen

Beim Verkauf ehemaliger NVA-Schiffe an Indonesien wurde bei der militärischen Demontage geschlampt

Terres des Hommes fordert den sofortigen Lieferungsstopp

■ **Von Jutta Lietsch**

Berlin (taz) – Die ersten Kriegsschiffe aus der Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR liegen bereits in ihren Bestimmungshäfen in Indonesien. Im schleswig-holsteinischen Neustadt werden indonesische Marinesoldaten schon für diese Schiffe ausgebildet. Doch ein Jahr nach dem umstrittenen Verkauf von 39 NVA-Schiffen und der Zusage für die Lieferung von mindestens drei U-Booten an den Inselstaat will die Debatte über diesen Deal zum Leidwesen der Bundesregierung nicht enden. Jetzt kam heraus, daß die angeblich demilitarisierten Schiffe sehr wohl weiter militärische Aggregate an Bord haben.

Während gestern der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) eine Lockerung der Exportbestimmungen zuerst bei gleichermaßen zivil und militärisch nutzbaren Gütern forderte und damit die in der CDU begonnene Linie fortsetzte, kritisierte in Bonn der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Kübler erneut das Geschäft mit Indonesien. Er warf der Regierung vor, damit bereits ihre neue Rüstungsexportpolitik vorweggenommen zu haben. Die neue Asienpolitik der Regierung orientiere sich einzig an wirtschaftlichen Interessen und lasse Menschenrechte und Demokratie in den Hintergrund treten. Kübler bezog sich dabei auch auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage seiner Fraktion. Darin räumt sie zwar ein, daß „die Lage der Menschenrechte in Indonesien beziehungsweise Ost-Timor viele Fragen offen läßt und daher nach unseren Maßstäben noch nicht befriedigend ist“. Die Bundesregierung werde auch die Empfehlung der Westeuropäischen Union, aufgrund der derzeitigen Menschenrechtslage ein Waffenembargo gegen Indonesien zu verhängen, „in ihre weiteren Überlegungen“ mit einbeziehen. Da aber der Vertrag vor dem WEU-Beschluß zustande kam, gäbe es daran nichts mehr zu rütteln.

Der Verkauf von 16 Küstenschutzschiffen des Typs „Parchim“, zwölf Landungsbooten „Frosch I“, zwei Gefechtsversorgern „Frosch II“ und neun Minensuchbooten „Kondor II“ war, wie Bonn stets erklärt hatte, unter bestimmten Bedingungen erfolgt: Dazu gehörte die „Teildemilitarisierung“ der Schiffe und die Versicherung von Seiten Indonesiens, daß diese nur zu Küstenschutz, Seewegsicherung und Bekämpfung von Piraterie und Schmuggel eingesetzt werden. Allerdings mußte Bonn jetzt zugeben, daß schon bei der Entfernung von militärischer Ausrüstung einiges übersehen wurde. So wurden auf vier Minensuchern „jeweils ein Fliegerfaustabschußgestell ‚Fasta-4M2‘ für Nahbereichsfliegerabwehrraketen irrtümlich nicht abgebaut“.

Das Kinderhilfswerk Terre des Hommes forderte die Bundesregierung auf, den Verkauf der NVA-Schiffe, U-Boote und von Munition an Indonesien sofort zu stoppen: „Die Bundesregierung verschleiert skandalöse Rüstungsexporte und sichert sie mit Steuergeldern ab.“ Nach indonesischen Angaben liefere Deutschland auch 5.000 Tonnen Munition, obwohl davon nie die Rede gewesen sei. Das Rüstungsgeschäft mit Indonesien wird nach Darstellung von Terre des Hommes mit Hermes-Bürgschaften in Höhe von 1.2 Milliarden Mark abgesichert. Die Weltbank habe das Geschäft jedoch als „entwicklungspolitisch völlig verfehlt“ beurteilt.

taz, 8.1.94

Geheimdienst bekommt die Flügel gestutzt

Benny Murdani ist nicht irgendein General. Der ehemalige Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber des Militärs hat keine offizielle Position mehr inne, aber er ist bekannt dafür, in der zweifelhaften Welt der indonesischen Machtpolitik kräftig mitzumischen. Als Berichte bekanntwurden, nach denen die Regierung den Strategischen Geheimdienst (Badan Indelijen Strategis, BAIS) restrukturieren und verkleinern will, war es somit kein Wunder, daß dies als ein Schritt gewertet wurde, um Murdanis Einfluß zu beschränken. BAIS, die frühere Machtbasis Murdanis, dient als Auge und Ohr des Militärs sowohl in Inneren als auch in internationalen Angelegenheiten.

Der Geheimdienst, der 1983 aus dem kleineren Strategic Intelligence Centre hervorging, wird auch sein Hauptquartier von Tebet im Südosten Jakartas in ein neues Gebäude im südlichen Stadtbezirk Pasar Minggu verlegen. Dadurch verliert Murdani das Büro, das er angeblich noch bei BAIS unterhält. Dennoch ist es unwahrscheinlich, den Einfluß eines Mannes beschneiden zu können, dessen Verbündete seit 20 und mehr Jahren im Geheimdienst arbeiten.

Militärsprecher Brigadegeneral Syarman Hamid gab lediglich bekannt, eine Reorganisation sei in Arbeit. Es gibt allerdings Vermutungen, daß die Zahl der Abteilungen des BAIS verringert und der Name in Badan Intelijen ABRI (BIA; Geheimdienst der Streitkräfte) geändert werden soll. *"Einige seiner Funktionen werden fallengelassen, und ich denke, seine Macht wird breiter verteilt werden,"* sagte ein Informant des Geheimdienstes dem Far Eastern Economic Review. Wie es heißt, wird BAIS nicht unter der direkten Befehlsgewalt des Oberbefehlshabers der Streitkräfte, General Feisal Tanjung, bleiben, der bislang als offizieller Leiter der Organisation und persönlicher Vertreter des Präsidenten darin dient. Wahrscheinlich wird BAIS dem Generalstabschef Generalleutnant H.B.L. Mantiri und dem stellvertretenden Stabschef des Geheimdienstes, Generalmajor Bantu Hardjito, unterstellt werden.

Verschiedene Quellen berichten, die Umstrukturierung könne zur Übertragung verschiedener Aufgaben an die Nationale Behörde zur Koordination der Geheimdienste, Badan Koordinasi Intelijen Nasional (BAKIN) führen. Doch nicht alle sind davon überzeugt, daß die Operation so weit reichen wird. *"Murdani hat BAIS zur direkten Beratung des Präsidenten geschaffen,"* sagte ein indonesischer Beobachter, der gute Kontakte zum Militär unterhält. *"Die Palastwache untersteht BAIS und wenn die Kontrolle der Behörde an das Militärhauptquartier überginge, dann würde das bedeuten, daß die gesamte Wache dem Befehl des Hauptquartiers unterläge. Ich weiß nicht, ob der Präsident, mit einem solchen Arrangement einverstanden wäre."*

Am wichtigsten ist jedoch die Frage, wer die Aufsicht über die indonesischen Geheimdienste führen wird. Theoretisch gibt es eine beachtliche Aufgabenüberschneidung zwischen BAIS und BAKIN, aber in der Praxis ist ganz klar BAIS die tonangebende Behörde. Mit seinem hundertprozentig aus Militärs bestehenden Personal verfügt BAIS über die besser ausbildeten Kräfte und über größere Fähigkeiten als sein mehr ziviles Gegenstück. BAKIN wird als eine schläfrige Behörde zur Sicherung von Beamtenpfründen angesehen, in der eine einer gummiartige Personalpolitik betrieben wird. Seine Aufgabe ist, nach Auskunft des derzeitigen Vorgesetzten Sudibo, *"die nationale Stabilität zu stärken."*

In einer Beschreibung der Rolle von BAIS, sagt der australische Akademiker Richard Tanter, der Ausdruck *"strategisch"* weise auf das weitgefächerte Interesse des Staates hin, *"das über die enge Definition auf rein militärische Angelegenheiten oder internationale Geopolitik hinausgehe."* Somit ist die

Arbeit des Geheimdienstes auch nach innen gerichtet sowie möglicherweise auf Operationen gegen Ziele wie die ost-timoresischen Flüchtlinge in Australien und Portugal.

Bislang hat BAIS eng mit den Streitkräften zusammengearbeitet, mit dem Direktorium für soziale und politische Fragen im politisch bedeutsamen Innenministerium und der Generalstaatsanwaltschaft. Langjährige Beamte wie der Kommandant von KOPASSUS, Brigadegeneral Agum Gumelar, und Jakartas Militärkommandant Hendro Priyono waren beide bei BAIS angestellt.

Gerüchte einer Veränderung von BAIS machten seit Juli 1993 die Runde, nicht lange nachdem Präsident Suharto Murdani aus seinem Kabinett entlassen hatte, was als Zeichen seines Mißbehagens an den politischen Manövern des Ministers gewertet wurde. Im selben Monat hatte mit Generalleutnant a.D. Sayidiman Suryohadipridjo zum ersten Mal ein wichtiger Offizier offen Murdani und die, wie er es nannte, *"exzessive Rolle"* des militärischen Geheimdienstes in den 80er Jahren kritisiert.

Suryohadiprodjo, der die längste Zeit seiner Laufbahn Stabsoffizier war, ist jetzt einer von vier umherschweifenden Botschaftern, mit der Aufgabe, Suharto in seinem Amt als Vorsitzender der Blockfreienbewegung zu assistieren. Er agiert daneben auch als Berater des einflußreichen Forschungs- und Technologieministers B.J. Habibie. Von Murdani weiß man, daß er mit Habibie, der sich durch seine Einmischung in Waffengeschäfte Feinde unter den aktiven Offizieren des Militärs gemacht hat, über Kreuz liegt.

Als Murdani 1983 Chef der Streitkräfte wurde, erlangte er gleichzeitig die Kontrolle über BAIS und übernahm die direkte Befehlsgewalt über das 'Kommando für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung' (KOPKAMTIB), dem mächtigen Sichrheitsapparat, der in Folge des fehlgeschlagenen kommunistischen Putsches 1965 eingerichtet wurde. In den nächsten fünf Jahren, baute er ein beängstigendes Machtzentrum auf, das innerhalb des Militärs keinem anderen nachstand und von dessen Ratschlägen Suharto abhängig war.

Beobachter hoben hervor, daß, als Murdani im Frühjahr 1988 schließlich als Chef der Streitkräfte abtrat um das Verteidigungsministerium zu übernehmen, die Führung von BAIS in die Hände seines langjährigen Getreuen Generalmajor M. Sutarjo gelegt wurde, anstatt in die seines Amtsnachfolgers General Try Sutrisno, dem heutigen Vizepräsidenten. Eine der ersten öffentlichen Maßnahmen, Murdani die Flügel zu stutzen war im September 1988, als Suharto KOPKAMTIB abwickelte und damit die Kontrolle des Verteidigungsministers über den Sicherheitsapparat wirkungsvoll beendete. Obwohl sich der als "DeBenny-isation" bekannte Prozeß mit Murdanis Entlassung aus dem Kabinett zu beschleunigen schien, rätseln indonesische Beobachter weiter über seinen Status. *"Einerseits will der Präsident seine Macht beschränken, aber andererseits wird er gewahr, daß Benny sehr hilfreich sein kann,"* sagte eine Quelle.

Im März 1993 sorgte der scheidende Verteidigungsminister für beträchtlichen Wirbel, als er einen Empfang für 1.500 Gäste gab, um das Erscheinen eines Buches über seine oftmals undurchsichtige Karriere zu feiern. Sechs Monate später waren drei Staatsoberhäupter und eine Heerschar von Politikern aus Indonesien und den Nachbarländern auf einem Empfang anläßlich der Hochzeit seiner einzigen Tochter zugegen. Seither ist es eher still um Murdani geworden, was aber nicht verhindert hat, daß Gerüchte lautwurden, er habe hinter den Kulissen am überraschenden Besuch des israelischen Premierministers Yitzak Rabin letzten Oktober und an der kürzlichen Intrige gegen die Wahl Megawati Sukarnoputris zur Vorsitzenden der Demokratischen Partei (PDI) mitgewirkt. Typisch ist wiederum, daß es nicht den geringsten Beweis für seine Mitwirkung an einer der Geschichten gibt. /Far Eastern Economic Review, 13.1.94/

Von Suharto lernen heißt siegen lernen

Ende Dezember bereiste eine Delegation von sechs Ministern aus Burma Indonesien. Die Delegation wurde geleitet von Khin Nyunt, den Beobachter als eigentlichen Führer des regierenden Militärrates SLORC ansehen. Burmas Militärdiktatur steht weltweit in Verruf, seit sie das Ergebnis demokratischer Wahlen ignorierte, dafür aber die Wahlsiegerin und spätere Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi unter Hausarrest stellte.

Die Burmesen hatten offenbar durchaus konkrete Vorstellungen über das Ziel ihrer Reise: Sie wollten sich über das seit nunmehr fast 30 Jahren stabile System einer militärischen Staatsführung in Indonesien informieren, um damit den Schwierigkeiten im eigenen Land besser begegnen zu können. bereits im September hat die burmesische Militärjunta eine "Union Solidarity and Development Association" gegründet, die nach Ansicht von Experten starke Ähnlichkeit mit Indonesiens Staatspartei Golkar hat /Burma Focus, 16.12.1993/.

Prof. Dr. Juwono Sudarsono, Experte für Außenpolitik und Dekan an der Universitas Indonesia hat grosses Verständnis für das Anliegen der burmesischen Junta. In einem Interview mit BBC sagte er: *"Bei aller Achtung vor dem Wahlergebnis von 1990 und vor Aung San Suu Kyi, die als Wahlsiegerin daraus hervorging, müssen wir erkennen, daß viele zivile politische Parteien der Dritten Welt im organisatorischen Bereich Schwächen haben. Läßt man die zivilen politischen Parteien einfach so regieren, ist nicht auszuschließen, daß dies zu weit schlechteren Ergebnissen führen kann. Vielleicht ist das der Grund, warum die Regierung Myanmars (so heißt Burma in der Sprache des SLORC, d.Red.) interessiert daran ist, über die Rolle des Militärs bei uns hier zu lernen."* /BBC-Indonesia, 20.12.1993/

Auf indonesischer Seite war man darauf bedacht, dem Besuch keinen allzu hohen Stellenwert einzuräumen, um sich nicht in Schwierigkeiten mit westlichen Ländern zu begeben. In Stellungnahmen hieß es daher, der Besuch solle der Verbesserung der Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten dienen /Reuter, 20.12.1993/. Das war durchaus mehr als die halbe Wahrheit, denn die Präsidentenfamilie wittert neue Möglichkeiten, Geschäfte zu machen. Bereits im Vormonat sah sich eine 16-köpfige indonesische Delegation, angeführt von einer Suharto-Tochter, in Burma um. Ein weiterer Suharto-Sproß hat umgehend ein Holzunternehmen gegründet, um Burmas waldreiches Hinterland auszubeuten /Burma Focus, 16.12. 1993/.

Burmas Transportminister Thien Wien gab nach seinem Besuch in Indonesien bekannt, es seien Verhandlungen über den Verkauf von vier gebrauchten Fokker F-27 im Gange, die er von der indonesischen Fluggesellschaft Merpati erstehen wolle. Die Flugzeuge würden in Burma für Inlandsflüge benötigt, um den Tourismus zu fördern /UPI, 23.12.1993/.

Wie berichtet wird, hat Burma den Wunsch geäußert, an der nächsten Sitzung des ASEAN-Paktes im Juli teilzunehmen. Vertreter Thailands und Singapurs befürworteten die von anderen ASEAN-Mitgliedern bislang abgelehnte Teilnahme Burmas. Im Februar besuchte Indonesiens Außenminister Ali Alatas Burma /Voice of America, 21.2.94/. Die Unterstützung Indonesiens wird als wichtiger Meilenstein betrachtet, um Burmas angeschlagenes Regime wieder salonfähig zu machen. <>

Werden Jakarta und Bagdad neue Partnerstädte Berlins?

Anfang Februar wurde bekannt, daß Berlin mit der indonesischen Hauptstadt Jakarta eine Städtepartnerschaft eingehen will. Bereits im April solle ein entsprechender Vertrag unterschrieben werden, hieß es in der Presse, aus der die deutsche Öffentlichkeit von dem Vorhaben erfuhr, nachdem die Pläne in der indonesischen Metropole publik gemacht wurden /Tagesspiegel, 6.2.94/. Inzwischen erklärte Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, die Partnerschaft bestehe bereits seit knapp einem Jahr.

Bürgermeister Diepgen erklärte in einem Antwortschreiben auf die Frage eines Abgeordneten des Neuen Forums am 24.2.1994: *"Der Senat hat bereits eine Städteverbindung mit Jakarta begründet. Die Gemeinsame Erklärung ist am 22. April 1993 anläßlich eines Besuches des Gouverneurs von Jakarta, Surjadi Soedirja, in Berlin unterzeichnet worden. Vereinbart wurden eine Zusammenarbeit in den Bereichen Stadtplanung, öffentlicher Nahverkehr, Wasserver- und -entsorgung sowie Wohnungswirtschaft. Anläßlich meiner Reise nach Indonesien soll diese Projektliste durch konkrete Arbeitsvereinbarungen ausgefüllt werden."*

Weder die Berliner noch die Jakartanesische Bevölkerung wurden jedoch am Meinungsbildungsprozeß, der dieser Partnerschaft vorausging in irgendeiner Weise beteiligt, was ein bei Politikern beider Seiten höchst undemokratisches Verständnis beweist. Noch nicht einmal im Berliner Abgeordnetenhaus wußte man von den Plänem. Die Frage des Abgeordneten Dr. Pflugbeil am 24.2. wurde zunächst nur unzureichend beantwortet, die ausführlichere Antwort Diepgens wurde schriftlich nachgereicht.

Die Motive des Berliner Senats, nach Moskau, Warschau, Budapest, Paris, Madrid, Istanbul und Los Angeles eine achte Städtepartnerschaft einzugehen bleiben angesichts der derzeit leeren Kassen unklar. Diepgens Schreiben bestätigt Vermutungen, daß vor allem wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, z.B. durch die Zusammenarbeit beim Aufbau eines Nahverkehrssystems in Jakarta. Für das in letzter Zeit von seiten der USA stark in Bedrängnis geratene Jakarta wäre eine Partnerschaft auch eine willkommene politische Aufwertung.

Ein Vertreter von **Watch Indonesia!** kommentierte, während Berlin in der Welt als Symbol der Freiheit gelte, stehe Jakarta als Machtzentrum einer Militärdiktatur für die gewaltsame Unterdrükkung Oppositioneller sowie anderer Regionen Indonesiens. *"Welche Kriterien gelten für eine Städtepartnerschaft?"*, fragte er. *"Würde Berlin auch eine Partnerschaft mit Bagdad eingehen?"* ‹›

Jakarta wird im April neue Berliner Partnerstadt

Berlin und die indonesische Haupstadt Jakarta werden Partnerstädte. „Pläne dafür bestehen seit 1993, es sollen Verwaltungsthemen ausgetauscht und Kontakte zu Kultur und Wirtschaft geknüpft werden", so der stellvertretende Senatssprecher Eduard Heußen. Der Partnerschaftsvertrag wird im April unterzeichnet. *dpa/BM*

Berliner Morgenpost, 6.2.94

Berlin und Jakarta werden Partnerstädte

Berlin und die indonesische Hauptstadt Jakarta wollen eine Städtepartnerschaft eingehen. Ein entsprechender Vertrag solle im kommenden April unterzeichnet werden. Dies verlautete am Sonnabend in der südostasiatischen Neun-Millionen-Metropole. Nach dem Wunsch Jakartas soll die Partnerschaft neben dem üblichen kulturellen Austausch vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Handel der Stadt fördern. Die indonesische Metropole (unter der niederländischen Kolonialzeit Batavia genannt) wolle auch von der Umweltschutzpolitik in Berlin lernen. Jakarta hat angesichts des rasanten Wirtschaftswachstums besonders mit enormen Verkehrsproblemen und starkem Wassermangel zu kämpfen.

Jakarta wäre Berlins achte Städtepartnerschaft. Entsprechende Verbindungen gibt es bereits mit Moskau, Warschau, Budapest, Paris, Madrid, Istanbul und Los Angeles. dpa

Der Tagesspiegel, 6.2.94

WIRTSCHAFT

Haushalt 1994/95:

Das Superwahnjahr

Der Plan für das Haushaltsjahr 1994/95, der am 6. Januar von Präsident Suharto der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sei interessant und spannend, schrieb Tempo in der Ausgabe vom 15.1.1994. Interessant vor allem deshalb, weil sich Spekulationen über einen wachsenden Einflußdes Absolventen der TH Aachen, Forschungs- und Technologieminister Habibie, als nicht richtig erwiesen haben. Im Haushaltsjahr 94/95 sind die Mittel für Habibies Ressort nur geringfügig gestiegen. Andererseits kann Harmokos Ministerium für Propaganda und Kommunikation einen gewaltigen Zuwachs verzeichnen. *"Vielleicht weil er zugleich Vorsitzender der Regierungspartei GOLKAR ist,"* scherzte Prof. Arsyad Anwar, Wirtschaftsprofessor an der Universitas Indonesia, Jakarta.

Die für die Entwicklung zu Verfügung stehenden Mittel wurden drastisch gekürzt. *"Die Mittel für den industriellen Sektor sind um 17 %, für den Bergbau um 53 % und für die Forstwirtschaft um 28 % niedriger als im vergangenen Jahr,"* erklärte Prof. Dr. Arsyad Anwar /Tempo, 15. 1.1994/.

Die Prioritäten der Entwicklung

Bereich	Steigerungsrate gegenüber dem vergangen HH-Jahr
1. Post und Telekom	375 %
2. Religion	304 %
3. Bewässerung	215 %
4. Justiz	207 %
5. Propaganda und Kommunikation	150 %
6. Regionale Entwicklung	128 %
7. Soziales, Frauen und Gesundheit	119 %
8. Staatsbürokratie (Aparat Negara)	108 %
9. Handel	106 %
10. Tourismus	105 %
11. Energie	86 %
12. Bevölkerung (Kependudukan)	77 %
13. Transmigration	76 %
14. Bildung	63 %
15. Wissenschaft und Technologie	41 %
16. Industrie	- 17 %
17. Land- und Forstwirtschaft	- 28 %
18. Bergbau	- 53 %

/Tempo, 15.1.1994/

Spannend ist, daß die Quellen für Mehreinnahmen, auf die die Regierung baut, äußerst zweifelhaft sind. Ein Beispiel sind die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor. Obwohl der Ölpreis im Januar auf dem Weltmarkt bei nur 13 US$/barrel lag, legt die Regierung zur Errechnung der möglichen Einnahmen von April 1994 bis März 1995 einen Preis von 16 US$/barrel zugrunde. Diesen hoch angesetzten Ölpreis sehen Unternehmer mit Sorge, denn sie befürchten, daß sich die Erfahrung von 1986 wiederholen könnte. Damals rutschte der Ölpreis in den Keller, die Folge war die Abwertung der indonesischen Rupiah. *"Wenn es zu einer Abwertung kommt, dann wird das den Haushalt beeinträchtigen,"* erklärte Prof. Arsyad Anwar. Denn dann, so sagt er, werden die Schulden gegenüber dem Ausland größer sein als die Einnahmen aus der Öl- und Gasproduktion /Tempo, 15.1.

1994/.

Im Rausch der Verschuldungsolympiade

Mit 84 Mrd US$ liegt der indonesische Schuldenberg zur Zeit schon an dritter Stelle hinter Brasilien und Mexiko und wächst kontinuierlich an. 1990 betrug die Verschuldung 67 Milliarden US$, 1991 bereits 76 Mrd US$ /Tempo, 1.1.1994/. Deshalb versucht die Regierung die Inlandsinvestoren vom Bau größerer Projekte (Investitionskosten von über 1 Mio US$) abzuhalten. Solche Projekte sollen nach Meinung der Regierung mit ausländischem Kapital gebaut werden. Doch auch die Investitionen des Auslandes in Indonesien sind rückläufig. Sie nahmen angesichts der scharfen Konkurrenz in China, Vietnam und anderen aktuellen Investitionsparadiesen im vergangenen Jahr um 22,4 % ab und hatten nur noch einen Umfang von ca. 8 Mrd US$ /Reuter, 28.12.93/. Die Regierung schätzt, daß die Tilgungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland im Haushaltsjahr 93/94 5,2 Mrd US$ betragen, d.h. 300 Mio US$ mehr als ursprünglich kalkuliert worden war. Diese Differenz kam durch den im Vergleich zum Dollar gestiegenen Wert des Yen zustande. 40% der indonesischen Schulden sind in Yen denominiert /Tempo, 29.1.94/. Allein die Schuldendienste fressen somit ca. 40 % der Exporterlöse Indonesiens auf.

Die hohe Staatsverschuldung wurde nach Ansicht des führenden Wirtschaftswissenschaftlers Sritua Arief durch Kapitalflucht verursacht. Von 1970 bis 1980 wuchs die Auslandsverschuldung wegen der Kapitalflucht um 51 % (9,4 Mrd US$) an. Von 1980 bis 1991 zahlte Indonesien 11,2 Mrd US$, das sind 42 % des Zuwachses der Verschuldung, für die Kosten der Kapitalflucht /DeTIK, 5.-11.1.94/.

Deshalb meint der Wirtschaftswissenschaftler und Abgeordnete der PPP, Hamzah Haz, das Haushaltsjahr 94/95 bedeute eine Stagnation. Es werde zwar behauptet, daß sich die Wirtschaftsstruktren geändert haben, doch seiner Meinung nach sind diese Veränderungen nur äußerlich. Zur Zeit arbeiten 50 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft und nur 10 % im Industriesektor. Der Arbeitsmarkt hinkt hinterher. Bei rund 6 % Wirtschaftswachstum ergeben sich nur 1,8 % mehr Arbeitsplätze, doch jedes Jahr drängen 3 % mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt. Unter Beachtung der Auslandsverschuldung und der jährlichen Tilgungsverpflichtungen kommt Hamzah Haz zu der Schlußfolgerung, daß das Haushaltsjahr 94/95 kein Jahr der Unabhängigkeit sein werde /Tempo, 8.1.94/.

Wechselkurs

am 4.1.1994:

1 DM: 1.205,28 Rp.
1 US$: 2.102,00 Rp.

/Media Indonesia/

Stärkung der regionalen Kompetenz

Anders ist dagegen die Meinung der bekannten Wirtschaftswissenschaftlerin, Marie Pangestu, vom renommierten CSIS-Institut in Jakarta. Sie meint, die Folgen eines gegenüber dem Haushaltsentwurf um 2 US$ niedrigeren Ölpreises seien nicht so tragisch. Schließlich verfüge die Regierung noch über Ersparnisse in Höhe von rund 2,5 Mrd DM aus den Jahren 1991 und 1992, in denen der angesetzte Ölpreis niedriger als der tatsächliche Weltmarktpreis lag.

Wichtig zu bemerken ist, daß die Abhängigkeit vom Öl sich in den 80er Jahren stark vermindert hat. *"Im Jahr 1986 stammten noch 70 % der Staatseinahmen vom Öl,"* erklärte der Koordinationsminister für Wirtschaft und Finanzen, Prof. Dr. Saleh Afiff.

Ein zweites Beispiel für die waghalsigen Prognosen der

Staatseinnahmen ist das um 45,3 % geschrumpfte Exportsteueraufkommen. Für einen anderen traditionell hohen Einnahmeposten, die Tabaksteuer, wird bestenfalls mit einer Steigerung um 5 % gerechnet. Die Nelkenzigarettenindustrie (Kretek) liegt am Boden, seit der Nelkenpreis unter dem Monopol von Suhartos Sohn Tommy teurer wurde.

Interessant ist auch die Tatsache, daß sich die Regierung in Jakarta von der zentralistisch orientierten Entwicklung zurückzieht. *"Wenn man das Haushaltsjahr 94/95 betrachtet, sieht man, daß sich das Gewicht der Entwicklung in Richtung Infrastruktur, Dezentralisation und Umverteilung verschiebt"*, erklärte Frau Marie Pangestu /Tempo, 15.1.1994/.

Aufschwung im korrupten Fernost?

Trotz Spekulationen um die Bedeutung des Hauhaltsjahres 1994/95 kann sich die Regierung an den wichtigsten Fakten nicht vorbeimogeln. Zum einen, daß im Haushaltsjahr 93/94 Devisen in Höhe von umgerechnet 1,7 Mrd US$ ins Ausland geflohen sind /Tempo, 29.1.94/, zum zweiten, daß seit 1989 das Wirtschaftswachstum sinkt, 1990 von 7,5 % auf 7,2 %, 1991 auf 6,9 % und 1992 auf 6,3 % /Tempo, 8.1.1994/. Und schließlich ist die Frage, ob die Mittel tatsächlich in die vorgesehenen Bereiche fließen. Der vielbeachtete Ökonom Prof Dr. Sumitro, ein Schwager von Präsident Suharto, behauptet, daß 30 % der Haushaltskasse aus Löchern bestehe, die somit einem Schweizer Käse gleichkomme und die Umleitung von Staatsknete in die Taschen von Staatsbediensteten ermögliche /Forum Keadilan, 6.1.1994/. <>

Billige Waffen - teure Transportmittel

Mit dem Kauf von Kriegsschiffen aus NVA-Beständen meinte die indonesische Regierung, ein Schnäppchen gemacht zu haben. Zumindest bevor die Schiffe von deutschen Firmen modernisiert und aufgerüstet wurden, kosteten sie nur ihren Schrottpreis. Nun aber plant Jakarta, teure Busse aus Deutschland zu importieren. Die Firma Ferrostahl schlägt aus den beiden Geschäften Gewinn.

Das "Memorandum of Understanding" (MoU) zwischen Indonesien und den Firmen Nutzfahrzeuge AG und Ferrostahl AG ist bereits unterzeichnet. Innerhalb der nächsten zwei Jahre dürfen sie nun 700 Busse als Transportmittel für Jakarta liefern.

Der Kauf der Busse wird scharf kritisiert. Denn weder die Nutzung von Gas an Stelle von Benzin, noch die Busse selbst scheinen den Gegbenheiten Jakartas zu entsprechen. Außerdem befürchtet man, daß mit dem Einsatz der neuen Busse das Defizit im Etat des öffentlichen Verkehrswesens von Jakarta nicht mehr zu bewältigen sein wird. Bisher lag es bereits bei jährlich 15 bis 20 Mrd Rupiah (ca. 12 bis 16 Mio DM). Kalkuliert man die notwendigen Wartungskosten noch mit ein, schrumpfen die Chancen größerer Effizienz weiter.

Der Stückpreis der eher einfach ausgestatten Busse aus Deutschland beläuft sich auf immerhin 35.000 bis 42.000 DM. Zwar ist ein billigeres Modell aus Japan, ein Bus mit Anhänger, vorher im Gespräch gewesen, trotzdem entschied sich die Regierung schließlich für den Handel mit den Deutschen.

Zu den Anschaffungskosten kommt noch das Problem hinzu, daß in Jakarta extra neue Gastankstellen errichtet werden müssen. Da die Grundstückspreise in der Hauptstadt jedoch extrem hoch sind, wird auch dies das Loch in der Kasse für öffentliche Ausgaben noch vergrößern. /Editor, 7.1.1994/ <>

Suharto spricht

Präsident Suharto milderte Befürchtungen, dem vorsichtigen Reformkurs könne ein jähes Ende bereitet werden, indem er sagte, Schritte in Richtung einer politischen Öffnung würden auch 1994 fortgesetzt. In einer in New York übermittelten Nachricht sagte er aber auch, das demokratische Leben werde *"mit größtem Sinn für Verantwortung und Sorgfalt"* gepflegt. Ein Anzeichen dafür, daß er besorgt ist über die Eigendynamik, die die Reformen, in der zweiten Jahreshälfte 1993 entwickelten. Erst im Dezember sagte Präsident Suharto in einem scharfen Gegenangriff auf die Kritik an seiner Herrschaft, Forderungen nach mehr Demokratie seien eine Neuauflage der früheren Taktik der längst verbotenen Kommunistischen Partei. Die 'Indonesian Times' und andere Tageszeitungen zitierten Suharto, der am 17. Dezember auf dem Rückflug von Indien mit Reportern sprach, mit der Aussage, diejenigen, die solche Forderungen stellten, benutzten die Demokratie nur, um selbst Macht zu gewinnen. *"Das geschieht natürlich unter einem anderen Namen, aber ihre Bewegungen und Schritte sind denen der Kommunistischen Partei Indonesiens ähnlich. Deshalb müssen wir wachsam bleiben,"* sagte er. /Far Eastern Economic Review, 6.1.94 u. 13.1.94/ ‹›

Ehrung für General a.D. Nasution

Der ehemalige indonesische Militärchef und führende Dissident, General a.D. Abdul Harris Nasution, wurde von einer regierungsnahen Veteranenvereinigung mit dem höchsten Veteranen-Orden ausgezeichnet. Der Orden wurde dem 75-jährigen Nasution für seine nationalen Verdienste vor und nach der Unabhängigkeit 1945 überreicht. 1980 war er an der Gründung der Petisi 50 beteiligt, einer Gruppe ehemaliger Generäle, Minister und religiöser Führer, die Suhartos Hang zur Macht kritisierten. /Far Eastern Economic Review, 13.1.94/ ‹›

Sukarnos Tochter führt Opposition

Die Tochter des früheren indonesischen Staatschefs Sukarno, Megawati Sukarnoputri, ist nach monatelangem Tauziehen zur Vorsitzenden einer zugelassenen Oppositionspartei ernannt worden. Vertreter der Demokratischen Partei hätten der Ernennung zugestimmt, verlautete am Donnerstag. Zuvor hatte die Regierung mehrmals interveniert, um die Ernennung der populären Tochter des verstorbenen Staatsgründers des unabhängigen Indonesiens zu verhindern. Staatschef Suharto hatte seinen Vorgänger in den politischen Wirren der 60er Jahre entmachtet.

Berliner Zeitung, 24.12.93

Majestätsbeleidigung

Jakarta (AP) – Vor einem Gericht in Jakarta müssen sich seit gestern 17 oppositionelle Studenten wegen Präsidentenbeleidigung verantworten. Sie werden beschuldigt, Indonesiens Präsident Suharto auf Plakaten für zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte verantwortlich gemacht zu haben. Als Höchststrafe für dieses Delikt sieht das Gesetz bis zu sechs Jahren Gefängnis vor.

taz, 9.3.94

Hohe Strafen

Jakarta (dpa) – Ein Gericht auf der indonesischen Insel Sumatra hat zwei Rebellen einer Separatistenbewegung zu 19 und 20 Jahren Haft verurteilt. Beiden wurde die Mitgliedschaft in der „Aceh Merdeka" vorgeworfen, die in Sumatra für einen eigenen Staat kämpft.

taz, 10.3.94

Blockfreie debattieren Auslandsverschuldung

Jakarta. Die Blockfreien-Bewegung ist in Jakarta zu einer zweitägigen Konferenz zusammengekommen, die sich vor allem der Frage widmen soll, wie die Schuldenlast für die ärmsten Länder der Welt verringert werden kann. Bei der Eröffnung forderte Indonesiens Außenminister Alatas eine sofortige Einstellung der serbischen Angriffe in Bosnien.

Berliner Zeitung, 10.2.94

Siberut: Entwicklung zur Unterentwicklung

Nun ist es endgültig: Vor wenigen Monaten ist bei einer Besprechung im Forstministerium endgültig beschlossen worden, ein 146.000 ha großes Schutzgebiet im Westen Siberuts einzurichten. Der gesamte Osten ist als Entwicklungszone eingestuft worden, da dieses Gebiet bereits ziemlich verwüstet ist. Zwischen Naturreservat und Entwicklungszone ist eine Pufferzone geplant. Die Asian Development Bank hat sich zur Finanzierung der Entwicklungsplanung in Höhe von 7 Mio US$ bereit erklärt und diese von der Beteiligung von NGOs an Planungs- und Entscheidungsprozessen abhängig gemacht.

Damit können die indonesischen und internationalen NGOs, welche sich im Rahmen einer massiven Kampagne "SOS Siberut" gegen die Regierungspläne wandten, die vorsahen, die vor der Westküste Sumatras gelegene größte Mentawai-Insel zur Abholzung freizugeben und in eine Ölpalmplantage umzuwandeln, einen wichtigen Teilerfolg verbuchen. Der von ihnen ausgeübte Druck war schließlich so groß , daß Präsident Suharto persönlich per Präsidialdektret den Stopp des Holzeinschlags und die Schutzgebietsausweisung verfügte. Beobachter in Indonesien mutmaßen hierzu, daß sich Suharto in seiner wohl letzten Amtszeit als Präsident seine persönliche Erfolgstory nicht durch das Image einer "Ökosau" beeinträchtigen will und mit Siberut ein versöhnliches Zeichen setzen wollte.

Ein allzu großer Enthusiasmus ist dennoch nicht angesagt: Auf dem Weg zur angestrebten sozial- und umweltverträglichen Entwicklungsplanung sind noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Dazu gehören:

1. Konflikt wegen Holzeinschlages: Laut Entscheidung aus dem Forstministerium werden die Konzessionen der gegenwärtig noch auf Siberut operierenden zwei Konzessionäre nicht nach Ablauf der Konzessiondauer (an einer Konzession ist Madame Tien Suharto beteiligt) im September 1994 verlängert. Bis dahin jedoch sind die Wälder und Gärten der Mentawai nach wie vor schonungsloser Zerstörung ausgeliefert (s. auch Interview). Etwa 70% des östlichen und 20% des westlichen Inselteils sind bereits nachhaltig geschädigt. Der kommerzielle Holzeinschlag ist auf Siberut besonders destruktiv: Für die Entnahme von einem Baum werden durchschnittlich 65 andere geschädigt oder zerstört. Bis zu 50 m breite "Logging Roads" werden mit Großräumgeräten der Holzfällerfirmen ohne Rücksicht auf die Fruchtbäume der einheimischen Bevölkerung durch die Wälder gewalzt, der Boden wird verdichtet, Wasserläufe werden blockiert und teilweise durch Altöl vergiftet. YASUMI (Yayasan Suku Mentawai), die einzige aus Indigenen bestehende NGO auf Siberut, fordert in einer Petition den sofortigen Stopp des Holzeinschlages.

2. Zwangsumsiedlung (s. auch Interview): Im Rahmen des staatlichen Umsiedlungsprogrammes wurden zwischen 1976 und 1982 in Siberut 1.205 Familien umgesiedelt. Von 1982 bis 1990 wurden weitere 1.105 Familien in die Dörfer Mogan Paula, Mation und Saliguma, Puro und Pokai umgesiedelt. Nach wie vor wird das Programm des Sozial-Departements zur Zwangsumsiedlung von Mentawai-Ureinwohnern fortgesetzt. Weitere Dörfer sollen bereits im April umgesiedelt werden. Von dieser Umsiedlung sind die letzten traditionellen Siedlungen der Mentawais betroffen. Die Umsiedlung bededeutet eine drastische Lebensveränderung, der Verlust der eigenen Kultur und Identität ist vorprogrammiert. Die medizinische Versorgung in den neuen Dörfern ist hoffnungslos. 1990/91 starben mehr als 100 Kinder an Masern.

3. Tourismus: In- und ausländischen Touristen wird ein Aufenthalt auf Siberut als eines der letzten Abenteuer unter primitiven Wilden angeboten. Die traditionelle Kultur der Mentawai wird dabei von

Minangkabau-Guides aus Bukittinggi/West-Sumatra vermarktet. Die Mentawais dienen als Kulisse und begehrtes Fotoobjekt, die fremden Minangkabau-Führer zocken den allergrößten Teil der Einnahmen ab. Kulturverständnis und interkultureller Austausch kommen dabei nicht auf - die Kenntnisse der Minang-Guides hören beim Kommentar: *"Dies ist ein Affentanz"* auf. Immer mehr Mentawais verweigern sich den Touristen als Fotoobjekt.

4. Partizipation im Naturschutzprojekt: Bei dem durch die ADB finanzierten Projekt handelt es sich um ein Integriertes Naturschutzprojekt, das die Ziele von Naturschutz mit denen von ländlicher Regionalentwicklung verknüpft. Es beinhaltet ein Öko-Tourismus-Konzept, eine Pufferzone um den Nationalpark und eine sogenannte Entwicklungszone für die lokale Bevölkerung. Da für die Projektdurchführung die Naturschutzbehörde (PHPA), die im Forstministerium angesiedelt ist, verantwortlich zeichnet, ist es fraglich, ob ein nennenswerter Teil der Mittel tatsächlich bei der lokalen Bevölkerung ankommt bzw. ob die Partizipation der Mentawai überhaupt angestrebt wird. Der bisherige Verfauf der Ereignisse läßt nicht darauf schließen: Da die ADB zwingend die Beteiligung von örtlichen Organisationen und Vertretern vorgeschrieben hatte, wurden in Padang und auf Siberut durch administrative Interessensvertreter flink welche geschaffen. Es entstanden eine Serie von GONGOs (Governmental Organized Non-Governmental Organisations), während die eigentlichen Vertreter der Ureinwohner von den entsprechenden Gremien erst einmal übergangen wurden. Die Begründung eines Mitglieds der Entwicklungskommission: *"Die können ja noch nicht einmal Bahasa, geschweige denn Englisch."* Erst ein bisher noch nie dagewesenes Ereignis brachte die Wende: Durch einen Kooperationsvertrag mit einer Universität in Java kann die einzige indigene NGO auf Siberut nicht mehr weiter im offiziellen Planungsprozeß übergangen werden; eine Partizipation der Ureinwohner mußte so regelrecht erkämpft werden. Obwohl die Ureinwohner mit 18.000 von insgesamt 24.000 Einwohnern bei weitem die Mehrheit stellen, ist durch den in Indonesien üblichen top-down-Planungsprozeß keineswegs eine zufriedenstellende Berücksichtigung ihrer Interessen gesichert. Vielmehr gibt es zahlenmäßig kleine Interessensgruppen, die sich durch das ADB-Projekt bereichern wollen: Die Tourismus-Propagandisten aus West-Sumatra, die lokalen und regionalen Vertreter der Regierungsadministrationen, die ihre eigenen Entwicklungsvorstellungen haben sowie nicht zuletzt die ausländischen Hard-Core-Naturschutzplaner und Entwicklungsconsultants, die ohne ausreichende Sensibilität für die Ureinwohner "harten" Naturschutz, d.h. unter Ausschluß jedweder menschlicher Aktivitäten, betreiben wollen. Die Wahl eines für seine seltsamen Naturschutzvorstellungen bekannten amerikanischen Consulting-Unternehmens für diesen Bereich der Projektplanung läßt nichts Gutes hoffen.

Alles in allem ist gerade jetzt das Engagement und viel Solidarität der in- und ausländischen NGOs für die Belange der Ureinwohner gefordert. Es geht in erster Linie darum, die Ureinwohner in ihrem Bemühen um eine Partizipation an der Entwicklungsplanung für Siberut zu fördern, damit aus der geplanten Entwicklung keine Unterentwicklung wird. Eine Außensteuerung der Entwicklungsplanung - wie sie ohne das Eingreifen von NGOs leider noch immer selbstverständlich ist - muß unter allen Umständen vermieden werden. Nur bei einer Gewährleistung der politischen Partizipation der Mentawais könnte Siberut als alternatives Entwicklungsmodell ein Beispiel werden für ganz Indonesien. Ein Beispiel, das heute angesichts zunehmenden Konfliktpotentials an vielen Brennpunkten im Archipel längst überfällig ist, um erste Schritte zu einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung einzuleiten. <>

Interview mit Dorfbewohnern in Saliguma, Siberut

Saliguma ist eines jener Umsiedlungsdörfer auf Siberut, in welche die indigenen Mentawai zwecks besserer Kontrolle der Regierung zwangsumgesiedelt werden. Damit einhergehend ist für die Mentawai ein Zwangsakkulturierungsprozeß: Die Menschen werden ihrem angestammten Lebensraum, dem Wald, "entfremdet"; per Regierungsdekret dient Wald nicht mehr als Ressource in einem auf Gegenseitigkeit angelegtem Nutzungsverhältnis zwischen Mensch und Natur, sondern wird zur Ausbeutung durch staatlich sanktionierte Holzunternehmen preisgegeben. In wenigen Jahren wird rücksichtslos eine jahrtausendealte einzigartige Entwicklung von Natur und Kultur durch kurzfristiges ökonomisches Nutungsinteresse und Habgier zerstört. Ein Mitarbeiter von **Watch Indonesia!** führte dieses Interview mit Vertretern der Dorfbevölkerung von Saliguma im Januar 1994.

WI: Können Sie uns die Probleme schildern, denen die indigene Bevölkerung der Mentawai hier in Saliguma ausgesetzt ist?
Zuerst hatten wir das Problem mit dem Umsiedlungsprogramm des Sozial-Departements. Weil angeblich die Bevölkerung nicht zahlreich genug ist, wurde sie seit 1973 umgesiedelt. Als die lokale Bevölkerung sich weigerte und nicht hierher umziehen wollte, wurden wir mit Polizeigewalt zwangsumgesiedelt. Unsere Uma's (traditionelle Clan Häuser; die Red.) waren früher am Ober- und Mittellauf des Silaoinanflusses und in Tinambu. All diese Uma's wurden hierher zusammengefaßt.

Wie sind die Lebensbedingungen im neuen Dorf?
Früher gab es hier keine Gärten, daher bekamen wir den vollständigen Haushaltsbedarf an Reis, Fisch, Zukker und Kaffee vom Sozial-Departement. Seit diese Hilfe auslief, muß die Dorfbevölkerung ihre Nahrung im früheren Siedlungsgebiet, in Silaoinan suchen. Das bedeutet 2-3 Monate Sago gewinnen, bevor wir wieder hierher zurückkommen. Das Dorf hier steht oft leer, denn unsere Hühner und Schweine, unsere Sagobäume, d.h. unsere Nahrungsquelle ist noch in unserer ehemaligen Heimat.

Gibt es Familien die zu ihren alten Uma's zurückgezogen sind?
Inzwischen sind Familien zurückgezogen, wohnen ständig dort, aber es gibt auch welche die ständig hier wohnen, weil sie bereits Reisfelder haben.

Welche Mängel beklagt die Bevölkerung hier im Umsiedlungsdorf?
Hier fehlt es vor allem an der Möglichkeit Schweine zu halten und an Fruchtbaumgärten.

Warum könnt ihr hier keine Schweine halten?
Weil es weit vom Futter der Schweine, den Sagohainen entfernt ist. Von Montag bis Freitag sind wir dort. Samstag kommen wir erst zurück für den Sonntagsgottesdienst.

Wie sind die Erfahrungen der Dorfbevölkerung von Saliguma mit der Holzkonzession?
Die Holzkonzession operiert hier seit 1970. Sehr viele Dorfbewohner beklagen sich jetzt, weil das Holz, das wir benötigen um Einbäume und Häuser zu bauen, nun weit entfernt ist. Die Flüsse sind flach geworden (Sedimentation; die Red.). Die Mentawais fühlen sich geschädigt, weil unsere Nahrungsquelle, die Sagobäume, absterben. Sie sterben, weil sie am Schlamm ersticken, den der Regen durch die Erosion in die Sümpfe spült, wo die Sagopalmen wachsen. Wenn Regenzeit ist und die Überschwemmungen kommen, können wir das Wasser nicht mehr trinken, weil es verschmutzt ist durch die Loggingstraßen. Früher war die Flußmündung tief, jetzt ist mit der ständigen Erosion bei Regen der Fluß zugeschlammt. Manchmal lassen

sie (das Holzunternehmen; die Red.) Altöl ab, das in den Fluß gelangt von dem wir unser Trinkwasser entnehmen.

Wie wirkt sich diese Wasserverschmutzung auf die Mentawais aus?
Viele von uns leiden unter Durchfallerkrankungen. Auch unsere Schweine sind betroffen, zwar gab es auch früher Schweinekrankheiten, doch seit es das Holzunternehmen gibt, sind schon viele Schweine gestorben. Außerdem fischen die Arbeiter mit Gift wie Putas, Theodon, Rigpon. Die Krabben und Fische sterben dabei alle. Besonders wenn es regnet gehen sie flußaufwärts anstatt zu arbeiten und vergiften die Flüsse. Die Menschen an der Flußmündung müssen das Wasser trinken, da sie nicht wissen, wann es vergiftet wird.

Sind außer Sago auch andere Pflanzen durch das Holzunternehmen zerstört worden?
Durianfruchtbäume wurden abgehackt. Die fragen nicht erst, sondern fällen sofort unsere Bäume, oder sie werden zugeschlammt. Durian, Jackfruit, Sago, Bambus. Bambus ist wichtig, denn es ist der Kochtopf für die Dorfbevölkerung.

Sind die betroffenen Mentawai entschädigt worden?
Ja, sie wurden entschädigt, jedoch stand die Entschädigung in keinem Verhältnis zum Schaden. Ein Durian wurde mit 7.000 Rp, eine Kokospalme mit 3.500 Rp und Sago mit 2.500 Rp entschädigt. Dabei ist der Verkaufswert eines Sagobaumes bereits 25.000 Rp.

Welche Auswirkung hat der Holzeinschlag auf den Fischfang im Meer?
Da Altöl weggekippt wird und mit der Erosion Schlamm ins Meer gespült wird, gibt es Probleme. Die Korallenriffe sind die Fischbrutstätten. Doch die Riffe werden mit Schlamm zugedeckt, so da die Fischbrutstätten zerstört werden. Im Vergleich zu früher ist es schwieriger, Fische zu finden. Früher waren auch die Mangrovenwälder noch nicht zerstört. Die sind nun zerstört, weil jeder Fluß quasi von einer Holzfällerstraße zerschnitten wird. Also ständiger Schlamm, so daß schließlich die Mangrovenränder verschlammen. Besonders während der trokkenen Jahreszeit ist es schwierig, Fische zu fangen. Je höher der Schlamm wächst, desto schwieriger wird es für unsere Frauen nach Fischen zu suchen.

Welche Schwierigkeiten gibt es mit der Polizei und dem Militär?
Vor dem Holzunternehmen fürchten wir uns nicht, aber durch die Anwesenheit der Polizei sind uns die Hände gebunden. Es ist die Gewalt der Schläge. Die Dorfbewohner sind verprügelt worden, wir selbst sind geprügelt worden.

Wie sieht es aus mit dem vorgeschriebenen Dorfentwicklungsprojekt (HPH Bina Desa) des Holzkonzessionärs?
Dies ist nie durchgeführt worden. Uns ist jedem nur eine Hacke und eine Machete gegeben worden.

Ist die Dorfbevölkerung darüber unterrichtet worden, wie lange die Konzession noch operiert?
Wir wissen es nicht. Wir müssen davon ausgehen, daß das Unternehmen weiterläuft. Wir sind bisher nicht unterrichtet worden, daß die Konzession ausläuft. Wir als Dorfbewohner bitten, daß die Konzession so schnell wie möglich geschlossen wird.

Greenpeace holt Müll aus Indonesien zurück

DJAKARTA/BONN, 11. Februar (dpa). Die Umweltschutzorganisation „Greenpeace" hat die Bundesrepublik aufgefordert, zum Recycling nach Indonesien gebrachten Plastikmüll wieder zurückzunehmen. Der „unerwünschte Müll" gefährde das traditionelle Verwertungssystem indonesischer Müllsammler, sagte ein Sprecher der Organisation. Im Hafen von Djakarta übernahm ein Greenpeace-Schiff symbolisch eine Tonne Plastikmüll, um sie zurück nach Europa zu bringen. Indonesien hatte im November 1992 den Import von Plastikmüll verboten, nachdem Umweltschützer herausgefunden hatten, daß nur 40 Prozent der Abfälle verwertbar seien.
Das Bonner Umweltministerium erklärte dazu, daß es nach der Verhängung des Importverbots keine weiteren Lieferungen durch das Duale System gegeben habe.

Der Tagesspiegel, 12.2.94

Wenige Minuten später war der Kapitän tot

Das Südchinesische Meer ist für die Zunahme der Piraterie berüchtigt — jetzt wollen sich etliche der Anrainerstaaten dagegen wehren

Mit mittlerem Tempo steuerte der dänische Frachter „Baltimar Zephyr" durch die indonesische Java-Straße. Das mit schweren Bergwerks-Geräten beladene Schiff hatte schon knapp die Hälfte seiner Reise von West-Australien nach Kalkutta hinter sich. Doch kurz vor Mitternacht am 11. Dezember 1992 fand die ruhige Fahrt ein jähes Ende: Piraten hatten den Frachter geentert, das Radar mit einem Schuß außer Gefecht gesetzt und den britischen Kapitän John Bashforth sowie seinen philippinischen Quartiermeister Teodolfo Pereja mit einer Waffe bedroht. Wenige Minuten später waren beide tot. Die skrupellosen Piraten hatten den Schiffs-Safe ausgeraubt und dann mit den beiden Zeugen kurzen Prozeß gemacht. So schnell wie sie gekommen waren, verschwanden sie auch wieder in die Dunkelheit der indonesischen Insel-Welt.

Der brutale Überfall auf die „Baltimar Zephyr" hat die internationale Schifffahrts-Industrie in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Denn die Piraterie hat erneut Hochkonjunktur. In den letzten zehn Jahren verzeichnete die in London ansässige International Maritime Organization — eine Institution der Vereinten Nationen — weltweit mehr als 450 Überfälle von Seeräubern. Allein in diesem Jahr gab es bis zum August 83 Fälle. Nach Angaben des International Maritime Bureau im englischen Barking, einer Organisation zur Bekämpfung von See-Kriminalität der Internationalen Handelskammer, ist das eine 20prozentige Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und sogar 50 Prozent mehr als 1991. Auch ein unter deutscher Flagge fahrendes Schiff wurde kürzlich Opfer der Piraten: Am 12. Juni überfielen sie den vor Sri Lanka kreuzenden Frachter „Tiger Stream" und raubten, was sie mitnehmen konnten.

Mit verklärter Schiffsfahrer-Romantik aus alten Zeiten hat die moderne Piraterie nichts zu tun: Die Räuber kommen in Schnellbooten und mit Maschinengewehren und gehen häufig mit äußerster Brutalität vor. Allein in den philippinischen Gewässern verloren im vergangenen Jahr nach Angaben der dortigen Küstenwache 35 Menschen ihr Leben durch Piraten. Besonders berüchtigt ist das Südchinesische Meer im Gebiet zwischen Hongkong, der chinesischen Insel Hainan und der philippinischen Hauptinsel Luzon: Jeder vierte registrierte Überfall in diesem Jahr fand dort statt. Um ihre Ziele zu erreichen, ist den Piraten jedes Mittel recht. Im April griffen Seeräuber den Tanker „Valiant Carrier" vor der indonesischen Küste sogar mit Molotow-Cocktails an.

Weit gravierender aber ist der Fall des japanischen Supertankers „Eastern Power" in der Straße vor Singapur — eine der belebtesten Schiffsrouten der Welt. Das mit 250 000 Tonnen Rohöl beladene Schiff war im November 1991 von Piraten geentert worden. Sie fesselten die Crew, plünderten das Schiff und ließen den Tanker dann führungslos durch die blaue See treiben. Erst in letzter Minute konnte sich ein Mannschafts-Mitglied befreien und den Tanker wieder auf Kurs bringen. „Ein Unfall in diesem Gebiet hätte katastrophale Auswirkungen für die Umwelt gehabt", sagt Roger Kohn, Sprecher der International Maritime Organization.

Nicht immer begnügen sich die Räuber mit dem Schiffs-Safe. Immer häufiger verschwindet auch die gesamte Ladung. So zum Beispiel am 6. Dezember vergangenen Jahres, als der 500-Tonnen-Frachter „Far Trader" nordöstlich von Singapur von 20 schwerbewaffneten Piraten überfallen wurde. Die Mannschaft wurde in den Maschinenraum des Frachters gesperrt und konnte dann mit anhören, wie die Ladung mitten im Ozean auf ein anderes Schiff umgeladen wurde. Als sich die Crew später selbst befreien konnte, waren elektronische Geräte, Textilien und Nahrungsmittel im Wert von fünf Millionen US-Dollar verschwunden.

Die Piraterie hat erneut Hochkonjunktur. In den letzten zehn Jahren verzeichnete die in London ansässige International Maritime Organization — eine Institution der Vereinten Nationen — weltweit mehr als 450 Überfälle von Seeräubern. Allein in diesem Jahr gab es bis zum August 83 Fälle.

Knapp ein Dutzend dieser Fälle mit einem Durchschnitts-Verlust von zwei bis drei Millionen US-Dollar verzeichnete das International Maritime Bureau (IMB) in den letzten 24 Monaten. „Solche Attakken sind das Werk wohlorganisierter Banden mit weitverzweigten Verbindungen", sagt Kapitän Jayant Abhyankar, stellvertretender Direktior des IMB. „In der unübersichtlichen Inselwelt Südostasiens ist es schwierig, dieser Mafia das Handwerk zu legen." Hinzu kommt, daß einige Staaten mit laxer Überwachung und Rechtsprechung den Absatz der gestohlenen Ware leichtmachen. So gibt es nach Angaben des IMB zum beispiel in der Volksrepublik China illegale Häfen ohne Behörden und Zollüberwachung. „Niemand überprüft dort, wo das Schiff herkommt und was an Land gebracht wird", so Abhyankar. „Das ist wie wenn ein Geist rein- und rausgeht."

Angesichts der zunehmenden See-Kriminalität sehen sich immer mehr Staaten zum Handeln gezwungen: Rußland, dessen Schiffe allein in diesem Jahr 24mal Opfer der Attacken wurde, hat seine Marine in die betroffenen Gewässer entsandt. Und Großbritannien verschickte nach dem Mord an den englischen Kapitän der ‚Baltimar Zephyr' detaillierte Richtlinien zur Piratenbekämpfung. Ob die guten Ratschläge — die Seeräuber mit riesigen Wasserwerfern, automatischer Video-Überwachung und bissigen Hunden an Bord abzuschrecken — ausreichen, muß sich zeigen. „Was wir vor allem brauchen ist eine enge Zusammenarbeit der betroffenen Staaten mit gemeinsamen Küsten-Patrouillen", meint Roger Kohn von der International Martime Oganization (IMO). Denn häufig üben die Piraten ihr Unwesen in den Hoheitsgewässern eines anderen Staates aus. „Wenn sie dann in ihre Gebiete zurückfliehen, können die Sicherheitsbehörden nicht folgen." Eine Anfang November in London verabschiedete Resolution der Generalversammlung der 147 IMO-Mitgliedsstaaten soll das bewirken.

Die Erklärung ruft auch dazu auf, das bereits gut funktionierende Kommunikations-System bei Unfällen auf See zur Verbrechensbekämpfung zu nutzen. Erste Erfolge gibt es bereits: Seit Mitte vergangenen Jahres arbeiten Malaysia, Singapur und Indonesien verstärkt beim Kampf gegen die Piraten zusammen. Dazu hatte Jarkarta seine Küstenwache ausgebaut und auch 40 Schiffe aus den Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR aufgekauft.

41 Piraten wurden nach indonesischen Angaben bislang festgenommen. Und auch auf den Philippinen müssen die Verbrecher nun mit dem Schlimmsten rechnen. Die Regierung in Manila beschloß kürzlich die Wiedereinführung der Todesstrafe für Seeräuber.

Von Klaus-Rainer Jackisch (London)

Frankfurter Rundschau, 29.11.93

Watch
INDONESIA

Indonesien - Information wird herausgegeben von **Watch Indonesia!** und erscheint unregelmäßig ca. alle 2 Monate.

Wenn Sie die Zeitschrift regelmäßig beziehen möchten, füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden es an:

Watch Indonesia!
c/o Juliane Hansen
Reuterstr. 50
12047 Berlin

Name:

....

Organisation:

....

Adresse:

....

....

....

Bitte zahlen Sie DM 36.- für jeweils 6 Ausgaben incl. Porto per Scheck, ausgestellt auf **Watch Indonesia!**, oder per Überweisung an **Watch Indonesia!**,
Kto.Nr. 0566713601,
Dresdner Bank Berlin,
BLZ: 100 800 00.

Moslems über Lagerfeld empört

DJAKARTA, 20.Januar (dpa). Mit einem von dem Starmannequin Claudia Schiffer getragenen Chanel-Kleid hat der in Paris wirkende Modeschöpfer Karl Lagerfeld Moslems in Indonesien aufgebracht: Auf das eng anliegende Abendkleid war, wie in der letzten Montagsausgabe abgebildet, ein Koran-Vers aufgedruckt. Darüber sei er „absolut betrübt", sagte Lagerfeld am Donnerstag in Paris zu dem scharfen Protest aus Djakarta.

„Man hatte mir gesagt, daß es sich um ein Liebesgedicht zur Erinnerung an eine Maharani handelt", erläuterte er seine Kreation. Weder er, noch die Stickerin hätten die wahre Bedeutung der arabischen Buchstaben gekannt, beteuerte der Couturier. Nachdem schon eine Kundin bemerkt habe, daß das Abendkleid mit einem für die Moslems heiligen Text verziert sei, sei es sofort aus dem Verkauf genommen worden. Das bekannte Modehaus entschuldigte sich ausdrücklich für den die Moslems provozierenden Vorgang.

Moslemführer in Indonesien hatten am Donnerstag von einer schweren Beleidigung gesprochen und zu einem Boykott von Lagerfeld-Kleidern aufgerufen. Die Moslemorganisation Indonesian Ulemas Council teilte mit, sie wolle bei der deutschen Botschaft in Djakarta protestieren. Das kündigte der Vorsitzende der Organisation, Hasan Basri, der staatlichen Nachrichtenagentur an.

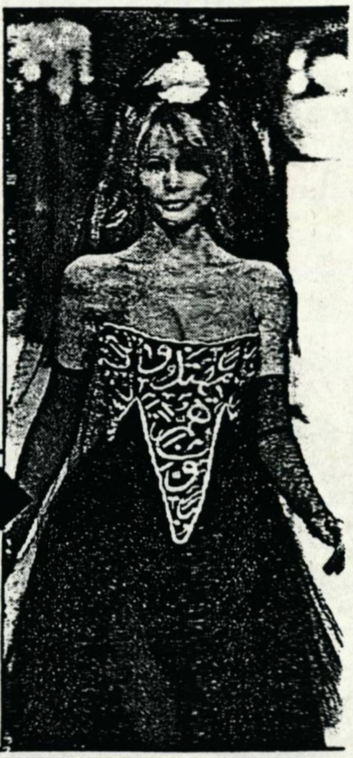
Indonesien ist das Land mit den weltweit meisten Moslems: fast 90 Prozent der 190 Millionen Einwohner sind islamischen Glaubens. In den vergangenen Monaten haben Moslems immer häufiger gegen sogenannte „unislamische Einflüsse" protestiert.

Frankfurter Rundschau, 21.1.94

Djakarta verlangt Aids-Test

DJAKARTA, 13. Februar (dpa). Auslände die in Indonesien arbeiten wollen, müsse künftig durch einen Test nachweisen, da sie nicht Aids-infiziert sind. Auch die run 20 000 ausländischen Experten, die bereit in dem südostasiatischen Land leben, müssen künftig regelmäßig zum Aids-Tes meldete die Nachrichtenagentur Antar am Sonntag unter Berufung auf die Regierung.

Der Tagesspiegel, 14.1.94



Moslems regen sich über dieses Kleid auf

Oh, Herr Lagerfeld: Da sind Sie ganz schön ins Fettnäpfchen getreten. Die Moslems sind tief gekränkt. Grund des Ärgers: Indonesische Schriftzeichen auf einem Chanel-Kleid, das Claudia Schiffer (Foto) trug. Erst jetzt kam raus: Bei dem aufgedruckten Text handelte es sich um einen Vers aus dem Koran.

Karl Lagerfeld reagierte entsetzt: „Weder ich, noch derjenige, der den Stoff bestickt hatte, haben die Bedeutung der Schriftzeichen erkannt. Ich glaubte, es wäre ein Liebesgedicht zur Erinnerung an eine indische Königin gewesen." Das Modehaus Chanel zog das Kleid unterdessen aus dem Verkauf zurück. Das Unternehmen kündigte an, „öffentlich Abbitte" für die religiöse Beleidigung leisten zu wollen. Ob die Entschuldigung noch etwas hilft? Der Indonesische Rat der Moslem-Gelehrten rief zum Boykott aller Lagerfeld-Produkte auf.

Indonesische Buchstaben gibt's nur in Ihrer BZ! (21.1.94)